

# VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

NR. 36

12. FEB. 79

60 Pfg. SOLIDARITÄTSPREIS 1 DM

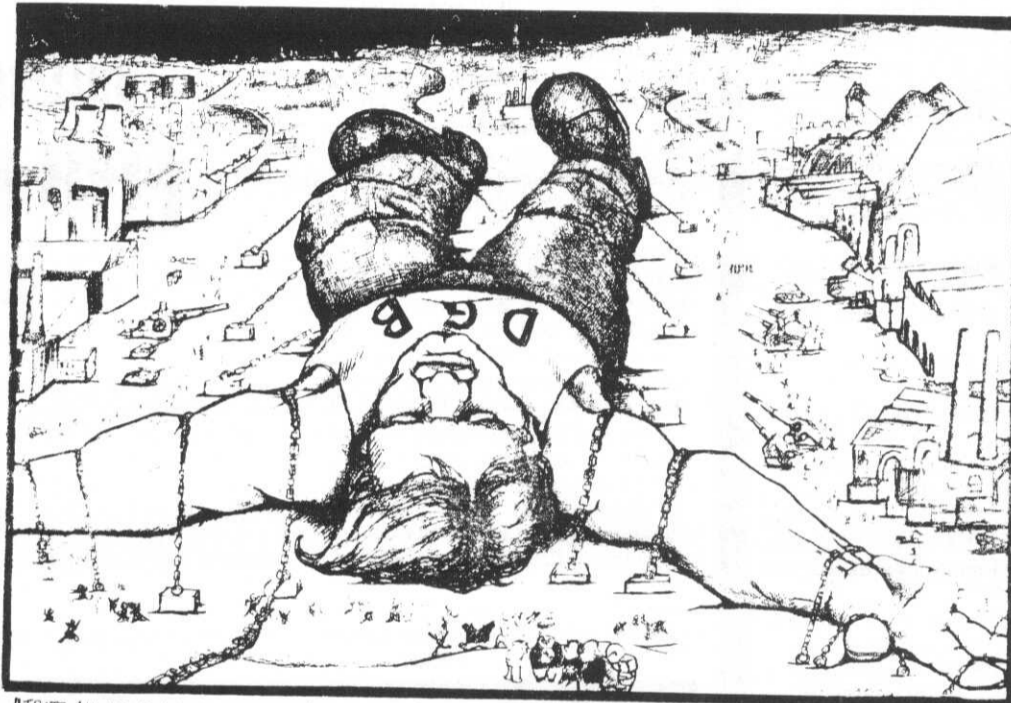
## FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN UND KÄMPFERISCHEN DGB !

Kapitalistische Wirtschaftskrise seit 1974, Massenentlassungen in fast allen Großbetrieben, mehr als 1 Million Arbeitslose, Existenzangst in vielen Arbeiter- und Angestelltenfamilien, Firmenschließungen ohne Ende und keine Wendung in Sicht; in dieser Situation erwarten fast 8 Millionen DGB-Mitglieder von ihrer Führung die Initiative. Der Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit muß aufgenommen werden.

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung haben die Stahlarbeiter gemacht und den Kampf für die 35-Stunden-Woche als erste gewagt. Doch die Unternehmer haben in einer Einheitsfront alle Mittel konzentriert, um einen Erfolg zu verhindern. Welche Antwort hat der DGB darauf? Womit versucht er dieses Diktat zu durchbrechen?

Ein einheitliches Kampfprogramm für alle DGB-Gewerkschaften ist dringend notwendig, um die Mitglieder zu mobilisieren. VORAN hat an dieser Stelle schon mehrmals die Kernforderungen eines sozialistischen Programms umrissen, das alleine einen Ausweg aus der Krise zeigen kann:

- die Verstaatlichung der 200 größten Monopole und aller Schlüsselindustrien unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung und
  - die Erstellung eines rationalen volkswirtschaftlichen Planes der Produktion im Interesse der Menschen.
- Damit könnten die Arbeitslosen wieder beschäftigt und all die lebensnotwendigen Güter in ausreichendem Maß herge-



"TROTZ ALL IHRER ANSTRENGUNGEN: ALS GULLIVER WIEDER ERWACHTE, ZERBRACH ER IHRE KETTEN MIT LEICHTIGKEIT..."

stellt werden (wie Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Jugendzentren usw.), die ein besseres Leben garantieren.

Doch ein neues Programm alleine reicht nicht aus: Um dieses auch durchzusetzen, ist eine Gewerkschaftsführung notwendig, die mit ganzem Herzen dafür eintritt. Viele Mitglieder haben das Gefühl, daß es damit nicht zum besten bestellt ist. Sie fragen sich: Sitten unsere Spitzenfunktionäre nicht in zu vielen

bequemen Aufsichtsratssesseln? Haben sie sich nicht längst mit der kapitalistischen Marktwirtschaft arrangiert? Haben sie sich nicht längst meilenweit von der Basis abgehoben? Kennen sie überhaupt noch unsere Arbeitsbedingungen aus eigener Erfahrung? Wissen sie, wie unsere Alltagsnöte und -Probleme aussehen? Verdienen sie nicht ein mehrfaches an Jahresgehalt wie ein durchschnittliches Mitglied? (Laut

## Verhindert Nazi-Aktivitäten !

DER NPD-BUNDESPARTEITAG AM 18./19. NOVEMBER 1978 IN AROLSSEN (NORDHESSEN) LIEGT ZWAR SCHON WIEDER EINIGE ZEIT ZURÜCK. ABER DIE ERFAHRUNGEN, DIE WIR SOZIALISTEN UND GEWERKSCHAFTLER AUS DER UMGEBUNG IM WIDERSTAND GEGEN DIESEN PARTEITAG GESAMMELT HABEN, SIND WEITERHIN AKTUELL!

Schon frühzeitig war es uns klar, daß es diesen Parteitag zu verhindern galt.

### DGB

Da der Faschismus in erster Linie ein Angriff auf die Arbeiterbewegung ist, wurde davon ausgegangen, daß der Hauptträger einer antifaschistischen Aktion der DGB sein müsse, denn in ihm sind ja die bewußtesten und aktivsten Arbeiter und Angestellte organisiert. Der zuständige DGB-Kreisvorstand war zwar auch über den NPD-Parteitag empört, aber allzu aktiv werden wollte man auch nicht. So beschloß der DGB zwar die Herausgabe eines eigenen Flugblattes und die Einberufung einer Pressekonferenz, auf der

der DGB seinen Protest kundtun wollte, doch man war nicht bereit, als DGB eine Kundgebung und Demonstration gegen den Faschisten-Parteitag zu organisieren.

Bedauerlicherweise war der DGB-Kreisvorstand auch nicht bereit, ein von den Arolser Jungsozialisten verfaßtes Flugblatt zu unterstützen, das möglichst viele Organisationen unterzeichnen sollten. Im Flugblatt wurde die Gefahr eines wachsenden faschistischen Potentials bei zunehmender Wirtschaftskrise herausgestellt, wurde der gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Charakter des Faschismus bloßgestellt und daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß nur ein auf demokratische Planung der Wirtschaft basierendes System den Faschismus für immer ausmerzen kann. Dies leuchtete dem DGB-Kreisvorstand trotz vorliegender ähnlicher gewerkschaftlicher Stellungnahmen offenbar nicht ein. Allerdings

hatten das DGB-Ortskartell Arolsen und der DGB-Kreisjugendausschuß das Flugblatt bereits unterschrieben. Positiv muß auch vermerkt werden, daß der DGB-Kreis-



vorsitzende Kurt Weiß sich spontan bereiterklärte, auf der Kundgebung zu den Teilnehmern zu sprechen.

### SPD

Noch enttäuschender war für uns aber das Verhalten des SPD-Unterbezirks. Nachdem neben den Bezirksverbänden der Jungsozialisten und der Falken, sowie den Landesverbänden der Naturfreundejugend und des Bundes Deutscher

weiter auf S. 2

"Wirtschaftswoche" 21/78 verdient IGM Vorsitzender Loderer 104.000 DM jährlich, DGB-Vorsitzender Vetter 99.450 DM)

Deshalb ist in den Gewerkschaftsspitzen wieder mehr Basisnähe erforderlich! Der bürokratisierte Apparat muß demokratisiert werden!

HAUPTAMTLICHE FUNKTIONÄRE SOLLEN NUR EINEN DURCHSCHNITTLICHEN FACHARBEITERLOHN ERHALTEN !

Wirklich notwendige Überstunden und Spesen sollten natürlich bezahlt werden. Doch manche Überstunde würde wegfallen, wenn die Multifunktionäre einige ihrer Funktionen und einige ihrer Aufsichtsratsmandate abgeben würden!

Außer einer Entlohnung, die mehr dem Standard eines durchschnittlichen Mitglieds entspricht, gibt es noch eine weitere Forderung, die innerhalb des DGB durchgesetzt werden muß:

ALLE FUNKTIONÄRE MÜSSEN VON DER BASIS WAHL- UND ABWÄHLBAR SEIN !

Gegenwärtig haben z. B. IG Metall-Mitglieder bei der Besetzung ihrer Bezirksleiter keinen Einfluß. Sie werden vom IGM-Vorstand in Frankfurt ernannt! Falls diese Positionen wählbar wären, würden Situationen wie im Bezirk Essen viel seltener vorkommen, wo kürzlich Vertrauensleute von Hoesch die Absetzung des Bezirksleiters Kurt Herb gefordert haben, der Vorstand dies aber verweigerte.

Nur demokratische Gewerkschaften mit einer engagierten, basisnahen Führung können auch erfolgreiche und kämpferische Gewerkschaften sein! Als Einheitsgewerkschaften müssen sie offen für alle Arbeiter und Angestellten sein. Kritische Mitglieder dürfen nicht mehr ausgeschlossen werden. Deshalb:

AUFHEBUNG DER UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE! WIEDERAUFNAHME DER AUSGESCHLOSSENEN MITGLIEDER!

Von einem IG Metall-Mitglied

## ARTIKEL ÜBER

- Sozialwohnungen..... S. 1
- JUSO-Kongress..... S. 3
- Stahstreik und seine Lehren..... S. 4+5
- DKP..... S. 6
- Kleinbetriebe..... S. 7
- Iran..... S. 8



# VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Gegendruck Essen

## 35-Stunden-Woche am Ende?

Der jüngste Stahlarbeiterstreik war nicht nur der wichtigste Streik in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten, sondern er fand auch international große Beachtung - von Spanien über England bis Schweden. Umso enttäuschender muß es nun für die im Streik aktivsten Kollegen sein, daß nicht einmal ein "Einstieg" zustande gekommen ist, der sich für alle in Wochenstunden messen läßt.

"35-Stunden-Woche vom Tisch", frohlockte die großbürgerliche "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 24.1.1979 über den Abschluß in der metallverarbeitenden Industrie in Hessen. "Die rasche Einigung in der Metallindustrie - dazu mit einer Tarifierhöhung, die auf der Linie des Sachverständigenrates und des Jahreswirtschaftsberichtes liegt - läßt wieder hoffen." Und Präsident Thile von "Gesamtmetall" lobte den Abschluß als einen "Aktivposten für die soziale und gesellschaftliche Stabilität."

Für die Sprecher des Kapitals gab es wahrlich ausreichend Grund zum Aufatmen. Hat doch die IG-Metall tatsächlich eingewilligt, daß die 40-Stunden-Woche bis 1983, also für eine 5-jährige Laufzeit, festgeschrieben wird. Für viele Mitglieder ist das jedoch eine herbe Enttäuschung, die auch nicht voll aufzuwiegen ist durch die stufenweise Anhebung des Jahresurlaubs für alle auf 30 Tage bis 1982.

Die Tariflohnerhöhung von 4,3 % ist auch alles andere als ein Trost, denn:

- angehoben wird ja nur der tarifliche Ecklohn, nicht aber der volle Bruttolohn.
- bei einer Laufzeit von 13 Monaten sind es nur noch 3,97 % für das Jahr.
- die Steuerprogression wird wieder einen Teil der Zuwächse aufessen.
- schon seit Jahren stagnieren oder sinken die Reallöhne - bei ähnlichen Tarifabschlüssen.

In den Augen vieler Kollegen will jetzt die Gewerkschaftsführung die 35-Stunden-Woche sang- und klanglos in der Versenkung verschwinden lassen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist seit der Krise 1975 in der Gewerkschaftsbewegung immer lauter erhoben worden. Sie wurde zur offiziell verbindlichen Beschlüßfassung des DGB, also des Dachverbandes der 16 Einzelgewerkschaften mit insgesamt über 7,6 Millionen organisierten Arbeitnehmern.

Doch das in allen Tarifbezirken für die Metallverarbeitung übernommene "hessische Modell" kommt einem schweren Dämpfer gleich - auch und vor allem für die Kollegen in anderen Gewerkschaften. Da ja die IG-Druck im letzten Jahr ebenfalls die 35-Stunden-Woche zum tarifpolitischen Ziel erklärt hatte, dürfte der Ausgang in der Metall-Tarifrunde alles andere darstellen als eine Rückenstärkung für die Setzer und Drucker.

Nach all diesem drängen sich Fragen auf:

- wozu sind demokratisch gefaßte Kongreßbeschlüsse da, wenn sie nicht praktisch in Angriff genommen werden?
- hat die Gewerkschaftsführung wirklich das Optimale getan, um mit voller Kraft dieser Zielsetzung entscheidend näher zu kommen?
- wurden die eigene Mitgliedschaft und die Allgemeinheit ausreichend über die 99 verschiedenen Gründe und Argumente für die 35-Stunden-Woche aufgeklärt?
- wurden alle Möglichkeiten von zentral koordinierten Solidaritätsaktionen aller Gewerkschaften zur Unterstützung der Stahlarbeiter voll ausgeschöpft?

Wir müssen uns auch ernsthaft fragen, was die aktiven Gewerkschafter in anderen Ländern, wo der Kampf für die 35-Stunden-Woche gerade voll entbrannt ist, davon halten sollen, daß die größte Einzelgewerkschaft der Welt sich dazu verpflichtet, die 40-Stunden-Woche fünf Jahre lang nicht mehr anzutasten. Oder was werden unsere Metaller sagen, wenn in anderen Ländern der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung zu echten Erfolgen führt?

- Die nächsten Jahre werden keine "goldenen" mehr sein.
- Die Rationalisierungswelle wird weiter durchschlagen.
- Starke Jahrgänge werden auf den Arbeitsmarkt drängen.
- Die weltwirtschaftlichen Aussichten sind unsicher, die nächste Rezession kommt bestimmt.

- Der Markt neigt zu "Sättigungstendenzen" im kapitalistischen Sinn, wie die Kurzarbeit in der Rundfunkgeräteindustrie zeigt. So wird die Massenarbeitslosigkeit eine Dauererscheinung bleiben und dies mit wachsender Tendenz. Immer mehr Kollegen werden es selbst am eigenen Leib spüren, daß Arbeitslosigkeit keine Frage des Willens oder Nichtwillens, des Faulenzens oder Schmarotzens ist.

Ebensowenig wie DGB- und IG-Metall-Führung die eindeutige Beschlüßfassung für die 35-Stunden-Woche verhindern konnten, werden sie diese Forderung zu einem Langzeit-Traumziel für das Jahr 2000 ummodellieren können.

Denn eine Massenarbeitslosigkeit wirft sofort die Frage auf, warum man denn nicht die vorhandene Arbeit auf alle aufteilen kann, ohne Lohnverlust und verstärkter Arbeitshetze. Es geht nicht an, daß man die Bevölkerung in zwei Gruppen aufteilt: die Arbeitslosen, die meistens ihren Lebensstandard drastisch einschränken müssen, und die Arbeitenden, die oft noch zu Überstunden gezwungen werden, weil es der Chef verlangt oder das Geld sonst nicht ausreicht. Deshalb wird die Forderung nach allgemeiner 35-Stunden-Woche hochaktuell bleiben. Dazukommen muß aber noch unbedingt die Frage eines garantierten Mindestlohnes, der allen Arbeitern, Angestellten und ihren Familien einen ausreichenden Lebensunterhalt sicherstellt.

FORTSETZUNG von S. 1

Pfadfinder auch die Jungsozialisten des Unterbezirks Waldeck-Frankenberg das Flugblatt der Jusos Arolsen zu tragen bereit waren, verbot kurzerhand der SPD-Unterbezirksvorsitzende "seinen" Jusos die Unterschrift.

Besonders skandalös an diesem Verhalten ist aber die Tatsache, daß es der Parteivorstand noch nicht einmal für nötig erachtete, eine inhaltliche Begründung seines Verbots zu liefern. Es hieß nur, das Flugblatt "schade dem Ansehen der Partei". Aber damit noch nicht genug: Auch den Arolser Jusos, wo der örtliche SPD-OV-Vorstand nichts gegen eine Juso-Unterschrift einzuwenden hatte und sich sogar noch an der Finanzierung des Flugblatts beteiligte, wurde aufgrund des Einwirkens konservativer SPD-Kreis durch einen außerordentlichen Unterbezirksparteitag die Unterschrift verboten!

Aber das Verhalten der SPD konnte schließlich weitere Aktivitäten nicht verhindern: verschiedene antifaschistische Arbeitskreise aus Waldeck-Frankenberg, Kassel und Nordrhein-Westfalen organisierten eine Kundgebung und Demonstration, an denen sich immerhin 1.500 Personen beteiligten. Verschiedene Kundgebungsredner - so z.B. der Vertreter der Jungsozialisten Hessen-Nord sowie der DGB-Jugendbildungsreferent für Nord-Hessen - wiesen darauf hin, daß Faschismus untrennbar mit Kapitalismus verbunden ist und letztendlich nur ausgerottet werden kann, wenn auch das kapitalistische System abgeschafft ist. Bedauerlich war nur, daß recht wenig SPD-Mitglieder vertreten waren - die SPD-Führung glänzte durch Abwesenheit.

Die starke Beteiligung und auch die überwiegend positive Reaktion der Bevölkerung zeigen, daß es auf jeden Fall richtig war, eine Kundgebung mit Demonstration zu organisieren. Nur zeigt andererseits auch die Tatsache, daß die Demonstranten fast ausschließlich zur "jüngeren Generation" gehör-



Demonstration gegen den NPD - Parteitag in Arolsen

ten, daß eine Unterstützung der Arbeiterorganisationen unbedingt notwendig ist, wenn man Arbeiter und Angestellte zur Teilnahme an antifaschistischen Aktionen gewinnen will. Unsere dringendste Aufgabe muß es deshalb sein, in DGB und SPD die Gefahren und Ursachen des Faschismus zu erläutern, um so die Organisationen der Arbeiterbewegung auf konkre-

te Taten zu verpflichten. Innerparteiliche Zensur und schöne unverbindliche Sonntagsreden bringen uns da nicht weiter. DGB und SPD müssen voll in den antifaschistischen Kampf einsteigen, denn nur eine geeinte Arbeiterbewegung kann die Faschisten stoppen!

ANNETTE BEHLE  
Juso-Mitglied im Unterbezirk Waldeck - Frankenberg

## BRITISCHER JUSO-KONGRESS: EINLADUNG NACH ENGLAND

Wer hat Lust, an Ostern nach England mitzufahren - zur Jahreskonferenz der englischen Jungsozialisten (LPYS)?

2000 junge britische Arbeiter werden dort drei Tage lang an einer lebendigen und interessanten Konferenz die Politik ihrer Organisation diskutieren. Da Besucher aus fast allen Ländern Europas anwesend sein werden, können gute

Kontakte zu ausländischen Genossen geknüpft werden. Für Übersetzer (Englisch/Deutsch) wird gesorgt. Tagungsort: Blackpool (im Norden an der Westküste) Termin: von 13.4. (abends) bis 16.4.79 (nachmittags) Kosten: für 3 Übernachtungen mit Frühstück ca. 45 DM Anmeldung: bis spätestens 5. März bei der Redaktion VORAN

## Kampffonds

SPENDENKONTO:  
Angela Bankert, Postscheckamt Essen  
2422 - 50 - 432

# 1978: 11.500 DM erreicht - 1979: 17.000 DM angestrebt

Trotz sicherlich großer Bemühungen vieler Kollegen und Genossen und einer Reihe aktiver Kampffonds-Helfer haben wir unser Ziel für 1978 nicht erreicht.

Dem Ziel von 25.000 DM stehen leider nur Einnahmen in Höhe von 11.500,- DM gegenüber. Im Endspurt gegen Jahresende sind noch 238,05 DM gesammelt worden.

Wir möchten an dieser Stelle allen Spendern danken sowie denen, die durch Ideen, Initiative und Einsatz dazu beigetragen haben. Wie Ihr sicherlich an den Schaubildern immer verfolgt habt, waren die Ergebnisse in den Regionen sehr unterschiedlich. Die Nordregion schnitt mit rund 3.900,-, gemessen am Ziel, relativ gut ab - hier wurden fast 2/3 der Vorgabe erreicht. Die Region Mitte holte mit rund 4.800,- DM nur knapp die Hälfte, die Region Süd mit rund 2.800,- DM gar nur knapp 1/3 ihres jeweiligen Kampffonds-Ziels.

Vielleicht haben wir unser Ziel im Vorjahr zu hoch angesetzt - wir meinen aber, daß dennoch mehr drin gewesen wäre, wenn noch mehr Anhänger noch offensiver und erfinderischer gesammelt oder Sammelaktionen organisiert hätten.

Für das laufende Jahr haben wir uns wieder Einiges vorgenommen: wir glauben, daß ein Ziel von ca. 17.000,-DM durchaus erreichbar

ist. Um unser Ziel jedoch genauer festzuschreiben und auf die Regionen umzulegen, möchten wir alle VORAN-Anhänger, vor allem die Kampffonds-Helfer, auffordern uns mitzuteilen, welche Summe sie voraussichtlich in diesem Jahr aufbringen bzw. sammeln können.

Wir wollen es natürlich nicht auf den Pfennig genau wissen, sondern nur einen Anhaltspunkt zur groben Zielvorgabe erhalten. Vielleicht hast Du auch ein paar Sammel-Ideen, die wir dann veröffentlichen können?!

In diesem Jahr brauchen wir ein besonders gutes Finanzpolster: Wahlkämpfe, die Veröffentlichung von Broschüren, Anschaffung von Büromaschinen, die Erweiterung unserer Bücherei (die übrigens jedem Interessenten offensteht), stehen u.a. auf dem Programm. Außerdem suchen wir nach geeigneten Möglichkeiten, das Umbruch- und Druckverfahren unserer Zeitung zu vereinfachen. Auch hierzu müssen Geräte angeschafft werden.

In Kürze wird eine neue VORAN-Broschüre zum Thema Gewerkschaftsbewegung erscheinen; unsere Broschüre über die politischen Perspektiven für die BRD ist vergriffen und muß neu aufgelegt werden. All das ist natürlich mit Kosten verbunden, die erst aufgebracht sein wollen. Jeder Pfennig, jeder Groschen, jede Mark helfen uns

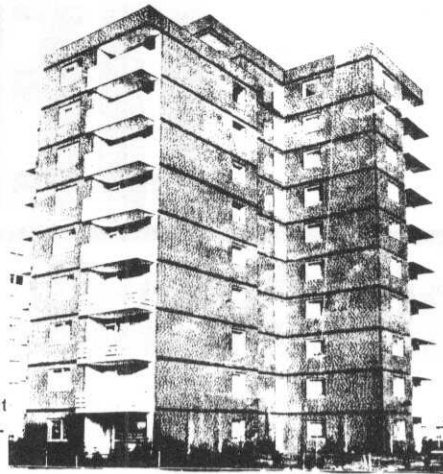
Im Januar 1979 sind inzwischen 579,- DM eingegangen - ein mäßiger Start, wenn man bedenkt, daß bei einem Ziel von ca. 17.000,- monatlich rund 1.400,- DM einkommen müßten! Also: im Februar heißt es, zusätzlich den Januar-Rückstand aufzuholen. Unser Kampffonds-Ziel muß in diesem Jahr erreicht werden - denn wir wollen natürlich nicht ewig eine 8seitige Monatszeitung bleiben! Ein Ausbau von VORAN - z.B. durch zwölfseitige oder auch häufigere Erscheinungsweise - sollte in absehbarer Zeit erfolgen. Darum - sammelt:

- bei allen Versammlungen
- im Freundes- und Bekanntenkreis
- unter Kollegen
- beim Zeitungsverkauf
- veranstaltet Verlosungen oder Tombolas
- organisiert Feten zugunsten unseres Kampffonds

Übrigens: Karl-Marx-Poster können bei der Redaktion zum Mindestpreis von 5,- DM bezogen werden. Bestellt größere Mengen und verkauft oder versteigert sie für den Kampffonds! Helft mit beim Aufbau unserer Zeitung. Wenn jeder, der VORAN für wenigstens unterstützenswert hält, seinen Beitrag dazu leistet, steht dem Erreichen eines hohen Kampffonds-Aufkommens für 1979 nichts entgegen.



# SPEKULATION MIT SOZIALWOHNUNGEN



In der Bundesrepublik gibt es derzeit rund 5 Millionen Sozialwohnungen. Mit dem sozialen Wohnungsbau, der durch öffentliche Gelder gefördert wird, wird das Ziel verfolgt, kostengünstigen Wohnraum für einkommensschwächere Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Dies soll u. a. dadurch erreicht werden, daß die Mieten "gebunden" sind, d. h. sie haben sich an den tatsächlich anfallenden Kosten für Bau und Unterhaltung der Wohnungen zu orientieren. Von der Zielsetzung her ist also der soziale Wohnungsbau eine gute Einrichtung - eine Errungenschaft, deren Erhaltung, Ausbau und Verbesserung für die Bevölkerung von großer Wichtigkeit ist.

Aber in letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen eine besonders krasse Form des Mißbrauchs mit Sozialwohnungen betrieben wird. Es handelt sich darum, daß - vor allem in Ballungsgebieten - Makler, Unternehmen und wohlhabende Einzelpersonen Sozialwohnungen aufkaufen (in der Regel nicht einzeln, sondern ganze Häuserblocks) und die öffentlichen Gelder damit vorzeitig ablösen. Diese Wohnungen werden dann in Eigentumswohnungen umgewandelt, nachdem zuvor unter Anwendung verschiedenster Tricks und Methoden die ursprünglichen Mieter regelrecht aus ihren Wohnungen "herausgegrault" worden sind. Neue Eigentümer ziehen schließlich in die Wohnungen ein, die sie von besagten Maklern und Unternehmen für teures Geld erworben haben.

Auf diese Weise wird der für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen gedachte soziale Wohnungsbau zunehmend untergraben und aufgelöst. Die Makler

und Unternehmen machen mit diesen Spekulationsgeschäften horrendes Profite.

Das große Geschäft mit der Spekulation im sozialen Wohnungsbau hat offensichtlich gerade erst richtig begonnen - seit Anfang 1977 wurden aber immerhin schon fast 5000 Wohnungen auf diese empörende Weise verschachert. Am stärksten war bisher Hamburg mit allein 1000 Wohnungen im letzten Halbjahr betroffen. Nach Aussagen von Bausenator Lange (SPD) nehmen diese Geschäfte "in erschreckendem Maße zu". Das Ausmaß der Veräußerungen entspreche schon jetzt einem Drittel des jährlich geförderten Neubausvolumens!

Der Mieterbund weist darauf hin, daß durch den Verkauf gerade mietgünstiger älterer Sozialwohnungen bei gleichzeitigem Rückgang des Neubaus an öffentlich geförderten Wohnraum die Versorgung einkommensschwacher Schichten ernsthaft gefährdet ist. Das ist eine alarmierende Feststellung.

Natürlich sehen die Gesetze und Vorschriften einen gewissen Schutz der Mieter gegen mißbräuchliche Praktiken vor. So besteht nach dem Verkauf von Sozialwohnungen an Privatpersonen und Unternehmen die "Bindungspflicht" (Bindung der Miete an die Kosten) gegenüber den alten Mietern noch für 10 Jahre weiter. Anschließend setzt eine besondere dreijährige Kündigungsschutzfrist ein, die noch durch den normalen Kündigungsschutz (i. d. R. ein Jahr) verlängert wird.

Aber wie man an den vielen "erfolgreich" zustande gekommenen Spekulationsgeschäften der letzten Zeit ablesen kann, reichen

diese Schutzvorschriften ganz offensichtlich nicht aus. Erstens sind die Mieter oft nicht ausreichend über ihre Rechte informiert. Viele lassen sich allzu leicht einreden, durch den Verkauf ihrer Sozialwohnung an einen neuen, privaten Eigentümer sei ihr alter Mietvertrag hinfällig geworden. Sie lassen sich zum Ausziehen bewegen.

Zweitens werden die bestehenden Vorschriften durch alle möglichen Tricks umgangen und unwirksam gemacht. Man kann sagen: Wenn mit einer freien Sozialwohnung Profit zu machen ist, dann finden die Herren Spekulanten auch Mittel und Wege, damit diese Wohnung auch tatsächlich frei wird!

Die hierbei angewandten Methoden sind vielfältig. Die "Frankfurter Rundschau" (31.10.78) nannte zwei Beispiele: "Wenn erst einmal eine Wohnung frei ist (in einem Block, d. Verf.), wird darin solange renoviert und gehämmert, bis die anderen Mieter entnervt aufgeben. Oder es wird bewußt an eine kinderreiche Gastarbeiterfamilie vermietet, um, so zynisch das klingt, auf diesem Wege das Wegzieh-klima in einem Mietshaus zu verbessern. Dergleichen Tricks gibt es noch mehr!"

Wenn also die alten Mieter nicht freiwillig ausziehen, wird ihnen auf einfallreiche, aber wenig vornehme Art nachgeholfen. Auf dem Weg zu höheren Profiten werden in der sogenannten "freien Marktwirtschaft" eben auch menschliche Hindernisse skrupellos beiseite geräumt.

Es ist zu befürchten, daß dies erst der Beginn einer anwachsenden Welle von Spekulationen mit

wenn schon eine Umwandlung in Eigentumswohnungen zulässig sein soll - warum kann dann nicht diese Möglichkeit ganz eng und ausschließlich auf den jeweiligen Sozialmieter selbst beschränkt werden (ohne Weiterverkaufsrecht, aber mit dem Recht, die Wohnung an den Staat bzw. die Gemeinde zurückzuerkaufen)?

Überhaupt ist es allgemein - nicht nur im sozialen Wohnungsbau - unserer Meinung nach ein Skandal, daß mit einem Grundbedürfnis des Menschen (dem nach preisgünstigem und menschenwürdigem Wohnen) Geschäfte irgendwelcher Art gemacht werden können. Niemandem soll seine kleine Eigentumswohnung oder sein Einfamilienhaus genommen werden. Aber womit endlich Schluß gemacht werden muß, das ist die private Geschäftemacherei mit Wohnraum, das Spekulantentum!

Die SPD hat in der Vergangenheit in vielen Beschlüssen, Resolutionen und Erklärungen die Boden- und Wohnraumspekulation verurteilt. Es wird Zeit, daß die von unserer Partei geführte Regierung jetzt endlich auch konsequent gegen dieses besonders widerwärtige Geschwür der Privatwirtschaft vorgeht. Das muß beim sozialen Wohnungsbau vordringlich beginnen, aber es darf dort nicht haltmachen!

Joachim Heuck (Juso-Gruppe Hamburg-Winterhude)

Sozialwohnungen ist. Solchen Geschäften muß jetzt sofort ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden. Dabei sollte man sich nicht auf kleine Korrekturen - wie z. B. die Verlängerung der Kündigungsschutzfrist von 3 auf 5 Jahre beschränken. Denn was würde das schon ändern, angesichts der oben geschilderten Methoden, mit denen solche Vorschriften einfach umgangen werden können?!

Man muß sich doch fragen, warum nicht auf den Verkauf von Sozialwohnungen an Privatpersonen und Unternehmer grundsätzlich verzichtet werden kann. Warum können denn nicht Wohnungen, die mit öffentlichen Geldern gebaut worden sind, auch auf Dauer in öffentlichem Eigentum und unter öffentlicher Kontrolle bleiben? Urd

## Jusos vor dem Bundeskongress... UMORIENTIERUNG IST NOTWENDIGER DENN JE

Seit dem letzten Bundeskongress der Junsozialisten in Hofheim ist ein Jahr vergangen, Ende März steht der nächste Kongress in Aschaffenburg bevor. Diesmal, so kann man hören, soll die Basis stärker beteiligt und der allgemeine Erfahrungsaustausch in den Mittelpunkt gerückt werden.

Dies hat unser Verband auch dringend nötig. Niemand wird ernsthaft behaupten können, daß die Jusos im letzten Jahr entscheidende Fortschritte gemacht haben. Die Zahl der aktiven Jusos und der örtlichen Arbeitsgemeinschaften ist insgesamt kaum angewachsen.

Noch immer wirkt der Schock durch den nunmehr fast zwei Jahre zurückliegenden Parteiausschluß des gewählten Vorsitzenden Benetner nach. Aber schon vorher litten die Jusos unter "Auszehrenden Tendenzen". Eines der Grundübel des Verbandes, nämlich daß die Studenten, Lehrer und Rechtsanwälte eindeutig gegenüber den Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden vorherrschen, besteht nun schon seit Ewigkeiten, ohne daß vom Bundesvorstand entscheidend und unnachgiebig versucht worden wäre, dies zu ändern. Man hat sich stillschweigend damit abgefunden.

Viele Genossen an der Basis werden sich aber die Frage stellen, ob und worin die Chance besteht, diesen Zustand echt zu ändern. Manche lassen sich vorneweg entmutigen durch Tendenzen zu "Resignation" und "Rückzug" bei den Jugendlichen. Vor kurzem noch vertraten viele Vorstandsgenossen die Meinung, daß bei der Arbeit erkläre "Duckmäusertum" und die Gefahr einer "Atomisierung" festzustellen seien.

So kam es auch für viele überraschend, daß 1978 in der BRD die größte Streikwelle seit Jahrzehnten abblief.

War unser Verband darauf vorbereitet? Haben wir in allen Untergliederungen die Gelegenheiten ausgenutzt und aktiv-solidarisch in diesen Auseinandersetzungen die betroffenen Arbeiter unterstützt? Insgesamt betrachtet - mit Sicherheit nicht!

Bei uns im Juso-Bezirk Niederrhein gab es im letzten November eine Bezirkskonferenz zur Betriebsarbeit. Nach ersten, hoffnungsvollen Ansätzen und konkre-



Arbeitslose Jugendliche demonstrieren. Was haben die Jusos für sie getan???

ten Diskussionen in Arbeitskreisen artete diese "Umorientierung" aus in einer tiefgreifenden, heftigen und leidenschaftlichen Kontroverse um Hochschulfragen!!

Ohne die klare und konkrete Perspektive einer erreichbaren, besseren, sozialistischen Gesellschaft wird es auf Dauer nicht möglich sein, Jugendliche für die aktive langfristige Mitarbeit in einem sozialistischen Jugendverband zu gewinnen.

In Hamburg stimmten bei der letzten Bürgerschaftswahl ein Viertel der Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren für die "Bunte Liste". Also gibt es gerade in dieser Altersgruppe viele, die man als "links" und "kritisch" einstufen kann, die aber für die gegenwärtige Politik der SPD-Führung kaum zu begeistern sind. Manch einer wäre jedoch für die Zusammenarbeit mit den Jusos zu gewinnen, wenn er/sie hier eine klare, verständliche und umfassende Alternative erkennen könnte.

Die Klassenauseinandersetzungen, die Kämpfe gegen Entlassungen, Fabrikschließungen, für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen werden sicherlich intensiv weitergehen. Dazu kommt noch daß in den nächsten 20 Monaten mehrere Wahlkämpfe anstehen. In solchen Zeiten ist das politische Interesse der breiten Bevölkerung größer als sonst. Daraus ergibt sich eine Chance zur Auffrischung und Erneuerung des Juso-Verbandes. Auf jeden Genossen kommt es an. Das Signal dazu muß aber vom Bundeskongress kommen.

I. Becker, Ju so

### Regierungspolitik :

## DER 'ZUMUTBARKEITSERLASS' MUSS WIEDER WEG!



Das neue Arbeitsförderungs-gesetz ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Arbeitslosen. Welche Arbeitsstellen für die Arbeitslosen künftig "zumutbar" sein sollen, entscheidet nicht mehr ihre persönliche Situation, sondern das Arbeitsamt, das besser als wir selber wissen will, was für uns zumutbar ist und was nicht.

So gilt als zumutbar:

Ein Arbeitsloser Angestellter kann ohne weiteres als Arbeiter vermittelt werden. Das bedeutet natürlich in erster Linie oftmals eine Senkung des bisherigen Lebensstandards. Fraglich ist allerdings auch, ob die mögliche Senkung des Arbeitsplatzniveaus vom Standpunkt der Arbeiter aus wirklich zumutbar ist. Soll ein ausgebildeter Facharbeiter nun in Zukunft am Fließband arbeiten?

Der neue Beschäftigungsort braucht "nicht täglich erreichbar" zu sein. Die Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit darf anders sein als bei der bishe-

Betroffen sind hier vor allem arbeitslose Ehefrauen, die bisher teilzeitbeschäftigt waren. Doch die Hausarbeit und die Versorgung der Kinder und eine Vollzeitbeschäftigung ist sicherlich eine zu große Belastung, sowohl für die Ehefrauen wie auch für die ganze Familie.

Als vermittelbar gilt nur noch derjenige, der das Arbeitsamt jeden Tag aufsuchen kann und jederzeit erreichbar ist.

Auch hier sind wieder arbeitslose Ehefrauen und Mütter besonders benachteiligt. Besonders in strukturschwachen Gebieten, wo die Arbeitsämter nicht so einfach zu erreichen sind, bedeutet dies einen hohen Aufwand an Zeit und Geld für die Arbeitssuchenden.

Mit diesem Gesetz bzw. Erlaß wird der Arbeiter für die Pleiten und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer bestraft, den Unternehmern werden fette Brocken zugesprochen.

Der Einarbeitungszuschuß für die Unternehmer wurde von 60 auf 80 Prozent erhöht. D. h. : Stellt ein Unternehmer einen Arbeitslosen ein, so bekommt er vom Arbeitsamt 80 % des Lohnes für die ersten drei Monate erstattet. Er kann ihn danach wegen angeblicher Untauglichkeit entlassen... nur um bei 80%iger Subvention des Lohnes einen neuen Arbeitslosen "zur Einarbeitung" einzustellen.

Wir fordern deshalb alle Jusos und alle SPD-Mitglieder auf, gegen das neue Gesetz in den Ortsvereinen und Unterbezirken aufs Schärfste zu protestieren

IRIS CIRKEL, Köln SPD-Mitglied, bis vor kurzem arbeitslos

rigen Beschäftigung. So hat die Arbeiterfamilie die freie Auswahl zwischen folgenden zwei Möglichkeiten; entweder sie läßt sich auseinanderreißen oder sie bricht eben alle freundschaftlichen und familiären Kontakte ab und zieht um und begibt sich in die soziale Isolation.

Beide Möglichkeiten sind laut Erlaß durchaus "zumutbar", auch wenn bei der letzten vielleicht die Kinder gezwungen sind, die Schule zu wechseln. Und was ist, wenn durch den Ortswechsel ein anderes Familienmitglied arbeitslos wird?

Weiterhin kann ein Arbeiter zu Schichtarbeit gezwungen werden. Auch hier findet eine Beeinträchtigung des Familienlebens statt, von der hohen gesundheitlichen Belastung einmal ganz abgesehen.

Arbeitslose, die bisher teilzeitbeschäftigt waren, können Vollzeitbeschäftigungen nicht ablehnen, außer wenn sie aufsichtspflichtige Kinder oder Pflegefälle in Haushalt haben.



# DER STAHLSTREIK

## Die Streik-Chronik

### Vorspiel

#### SEPTEMBER 1977

Auf dem IG Metall-Kongreß beschließt die Mehrheit der Delegierten gegen den Widerstand des Hauptvorstandes die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Damit hat die Basis die künftige Tarifpolitik auf ein konkretes Ziel hinorientiert. Der Vorstand hätte es lieber gehabt, wenn diese Forderung nicht so genau festgelegt worden wäre. Er hätte eine allgemeinere und vage Formulierung wie "Arbeitszeitverkürzung" bevorzugt.

### Der Streik

#### 18. OKTOBER 1978

Für die Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen (NRW), Bremen und Osnabrück beginnen die Tarifverhandlungen unter der Führung von Kurt Herb, dem IG Metall-Bezirksleiter Essen. Offizielles Hauptziel: Neben 5 % mehr Lohn und Gehalt der "Einstieg" in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle!

#### 17. NOVEMBER

Während der Arbeitszeit gehen im Ruhrgebiet 120.000 Arbeiter und Angestellte für ihre Forderungen auf die Straßen, um in 20 Städten an IG Metall-Demonstrationen teilzunehmen.

#### 17.-21. NOVEMBER

Die Stahlbarone bleiben stur. Sie kommen in Verhandlungen den Forderungen der Stahlarbeiter nicht entgegen. Deswegen ist es notwendig, Kampfmaßnahmen vorzubereiten. In einer Urabstimmung entscheiden sich fast 87 % aller betroffenen IGM-Mitglieder für Streik - ein Zeugnis der hervorragenden Kampfbereitschaft der Kollegen!

#### 25. NOVEMBER

Einstimmig lehnt die große Tarifkommission das Angebot ab, das die Stahl-Unternehmer zuvor im Hinblick auf die Urabstimmung als Köder ausgeworfen hatten, um die Stahlarbeiter von der 35-Stunden-Woche abzubringen: Sie bieten sofortigen 30-tägigen Urlaub für alle Stahlbeschäftigten an. Ihr Trick: der Tarifvertrag "Urlaub" steht eigentlich gar nicht zur Verhandlung an. Kollegen meinen: "Dafür kämpfen wir im Herbst - wenn nötig wieder mit Streik. Jetzt geht's um die 35-Stunden-Woche! IG Metall-Verhandlungsführer Herb beharrt auf einem "Einstieg in die 35-Stunden-Woche, der in Stunden meßbar ist, und einem Stufenplan, der innerhalb weniger Jahre zur 35-Stunden-Woche führt."

#### 28. NOVEMBER

Der erste Streiktag. Die Streikfront steht. Doch von den 200.000 Stahlarbeitern sind nur 36.000 vom IGM-Vorstand in den Streik gerufen worden.

#### 1. DEZEMBER

Die Stahlbarone reagieren brutal auf den Streik der 36.000: Sie sperren die Streikenden und 44.000 Stahlkollegen zusätzlich aus.

#### 2. DEZEMBER

Die Stuttgarter Zeitung berichtet, daß der Streik relativ wirkungslos sei, da nur zwei Fünftel der Stahlwerker streiken. Die Produktion werde weitgehend auf nicht bestreikte Betriebe verlagert.

#### 3. DEZEMBER

Die Vertrauensleute der Klöckner-Hütte Bremen fordern in einer Resolution an den IGM-Vorstand die Einbeziehung ihres Betriebs in den Streik.

#### 6. DEZEMBER

Der "politische Schlichter" Farthmann (SPD) nimmt seine Tätigkeit nach langanhaltendem Druck seitens der Unternehmerverbände auf. Die Verhandlungsführung der IG Metall akzeptiert, obwohl die Schlichtung im Stahlbereich nicht vorgeschrieben ist. Farthmann soll zwischen den Stahlbossen und den Streikenden vermitteln und einen "Kompromiß" herbeiführen.

#### 12. DEZEMBER

Der 15. Streiktag. An 34 Großveranstaltungen der IG Metall nehmen 145.000 Kollegen aller Industriezweige teil, um ihre Solidarität mit den Stahlarbeitern zu bekunden. Der Druck auf die IGM-Spitze nimmt zu, endlich die Ausweitung des Streiks vorzunehmen.

#### 17. DEZEMBER

Die Große Tarifkommission tagt in der Mühlheimer Stadthalle. Ca. 200-300 Stahlarbeiter demonstrieren vor dem Gebäude für die Ablehnung des neuesten Unternehmerangebots: 4 % mehr Lohn für 15 Monate, 2 Tage mehr Urlaub für alle und 4 jährliche Freischichten für Konti- und Nachtschichtler. Die Demonstranten, die von ihren Betrieben delegiert sind und meistens sogar von ihren Vertrauenskörperleitungen angeführt werden, bekräftigen ihre Forderungen und verlangen in Sprechchören eine Ausweitung des Streiks auf alle Stahlbetriebe.

#### 20. DEZEMBER

Wieder tagt die große Tarifkommission. Diesmal sind fast 400 Kollegen in Mühlheim, um für mehr Standfestigkeit und Härte bei der Streiktaktik und Verhandlungsführung zu demonstrieren. Sie marschieren in den Sitzungssaal, wo sie immer wieder skandieren: "Kurt Herb - Du weißt Bescheid: Fünf Stunden weniger Arbeitszeit!"

Der Sitzungsleiter bedankt sich am Mikrophon für die "Rückenstärkung" und fordert die Kollegen zum Verlassen des Saales auf. Der Druck von der Basis auf die Tarifkommission hatte offensichtlich Wirkung gezeigt: Innerhalb von nur sechs Minuten beschließt sie einstimmig eine Ausweitung des Streiks. Orte, Zeit und Ausmaße sollen allerdings erst später angekündigt werden.

#### WEIHNACHTEN/NEUJAHR

Die ersten "Streik-Weihnachten" seit Jahren beweisen, daß in der einstmals so stabilen und friedlichen Bundesrepublik eine neue Etappe begonnen hat: der Klassenkampf verschärft sich.

#### 27. DEZEMBER

Erst jetzt wird vom IG Metall Vorstand bekanntgegeben, wann der Streik ausgeweitet werden soll: am 3. Januar 1979. Viele Kollegen, die schon seit 4 Wochen Tag und Nacht bei klirrender Kälte Streikposten stehen, sind enttäuscht - vor allem weil nur zusätzlich 20.000 Kollegen herausgerufen werden.

#### 2. JANUAR 1979

Große Tarifkommission in Mühlheim. Delegationen aus allen Großbetrieben (Mannesmann, Klöckner, Thyssen, Hoesch), insgesamt ca. 600 Kollegen, demonstrieren unter Führung ihrer Vertrauenskörperleitungen für eine harte Linie in weiteren Auseinandersetzungen, da sie befürchten, die Tarifkommission würde nur allzu leicht nachgeben. Sie fordern das Recht, eine Delegation an der Sitzung beobachtend teilnehmen zu lassen. "Wir wollen wissen, wen wir hinterher noch als unsere Vertreter wählen können", begründet ein Sprecher diese Forderung. Ihr Wunsch wird verweigert. Nach fast einstündigem Hin und Her verlassen sie

den Saal wieder, warten jedoch vor der Saaltüre das Sitzungsergebnis ab. Nach 3 Stunden gibt Kurt Herb den Beschluß bekannt: "86 zu 32 Stimmen dafür, daß die Verhandlungen auf der Grundlage der Struktur des Farthmann-Vorschlages weitergeführt werden." Er erntet dafür wütende und empörte Pfiffe von den Anwesenden. Sie rufen in Sprechchören: "Dieser Kompromiß ist ein Beschluß - auch wenn er vom Minister ist!"

#### 3. JANUAR

Die Streikausweitung findet statt. Von 200.000 Stahlarbeitern gehen jedoch immer noch 100.000 zur Arbeit. Gleichzeitig beginnt jetzt der schon 5 Wochen alte Streik zu greifen, weil in den Automobilwerken die Lagerbestände mit Vormaterialien zu Ende gehen.

#### 7. JANUAR

Eine "Einigung" wird bekanntgegeben (s. nebenstehenden Kasten). Sie liegt beträchtlich hinter dem ursprünglichen Streikziel. Trotz massiver und empörter Proteste, die aus den Betrieben von allen Seiten auf die Große Tarifkommission einhageln, wird der Einigungs-Vorschlag von dieser am 8. Januar mit 87:38 Stimmen angenommen. Bei dieser Sitzung kann der Vorstand verhindern, daß protestierende Metallarbeiter in den Sitzungssaal einmarschieren. Er hatte nämlich Kollegen aus nicht-bestreikten Stahlbetrieben als Ordner aufgebeten, die den Zutritt verwehrten. Erst nach Sitzungsende und Bekanntgabe der Annahme durch die Tarifkommission trägt eine Basisdelegation in einem Schweigemarsch einen Kranz mit Trauerflor in den Saal mit der Aufschrift: "35-Stunden-Woche ade". Loderer bezeichnet diese Aktion als "Entgleisung".

#### 10. JANUAR

Die Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis ist zu Ende. Ergebnis: von 154.054 stimmberechtigten IG Metall-Mitgliedern nehmen 9,12 % nicht teil, 40,94 % lehnen ab und 49,50 % stimmen zu.

Allerdings ist der Anteil der Nein-Stimmen in den Betrieben, die aktiv im Arbeitskampf standen, erheblich höher. Beispielsweise lehnen bei Mannesmann-Hückingen (9.000 Beschäftigte) 67 % aller Urabstimmenden ab.

Eugen Loderer bezeichnet am Abend im Fernsehen das Abstimmungsergebnis als "einen Vertrauensbeweis für die Politik des Vorstands".

### Nachspiel

#### 31. JANUAR

Harte Kritik üben die Vertrauensleute von Phoenix-Dortmund in einer Resolution an der Streikführung. Mit überwältigender Mehrheit fordern sie personelle Konsequenzen bei der Bezirksverwaltung Essen und beim Hauptvorstand der IGM in Frankfurt. Die Reaktion beim Hauptvorstand:

"Der Vorstand denkt nicht im Traum daran, Kurt Herb zu entlassen", erklärt ein Sprecher. (Der äußerst wichtige Posten eines Bezirksleiters der IG Metall ist von den betreffenden Mitgliedern nicht wählbar. Er wird in allen Bezirken vom Hauptvorstand in Frankfurt eingesetzt.)

#### FEBRUAR und die kommenden Monate:

Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich noch andere Vertrauenskörper der Hoesch-Forderung anschließen werden. Die Kritik in den Reihen der IG Metall ist unübersehbar, die Gärung an der Basis schreitet fort. So kann in den kommenden Monaten aus dem Dortmunder Nachspiel noch durchaus ein Hauptspiel werden, das von unten her zu einer vollständigen Erneuerung des heute noch verkrusteten Gewerkschaftsapparates führen wird...



"Arbeiter aller Industriezweige demonstrieren gegen Aussperrung"

## Basis: „DAS WIRD

"Das wird innergewerkschaftliche Konsequenzen haben! Dieses Ergebnis werden wir nicht schweigend hinnehmen. Wir werden nicht ruhen, bis wir andere Leute an der Spitze unserer Gewerkschaft haben, die unsere Forderungen und Interessen besser vertreten als die jetzigen Spitzenfunktionäre..."

Die Proteste von der Basis sind mehr als verständlich. Hatte die IG Metall-Führung nicht als Streikziel angestrebt, die vorhandenen Arbeitsplätze zu retten? Die Beschäftigtenzahlen zu halten und die Massenentlassungen zu stoppen? Hatte sie ihrer Mitgliedschaft nicht selbst vorgerechnet, daß bis Ende 1981, also in 3 Jahren 25 % aller Stahlarbeitsplätze verschwunden sein werden, falls die gegenwärtige Entwicklung sich fortsetzt? Hatte sie nicht selbst daraus gefolgert, daß nur die drastische Senkung der Wochenarbeitszeit diese bedrohten Arbeitsplätze retten könnte, indem man die vorhandene Arbeit auf alle aufteilt?



Und hatte nicht das IGM-Vorstandsmitglied Judith ausgerechnet, daß eine Arbeitszeitverkürzung um 5 Stunden wöchentlich 32,5 Freischichten jährlich entspricht, falls man diese gewonnene Freizeit bündelt? Glaubt die IGM-Führungsspitze wirklich, daß die im günstigsten Falle erreichten 9 Freischichten auch nur einen Arbeitsplatz retten? Warum hat der Hauptvorstand nicht alle Mitglieder in den Kampf gerufen? Weshalb ließ er die einen streiken, bis sie müde waren, während die anderen vor Ungeduld fast platzten weil sie ebenfalls den Kampf aufnehmen wollten?

Eine erste Lehre aus ihren Erfahrungen im Streik haben die IGM-Vertrauensleute der Dortmunder Hoesch-Werke Phoenix und Westfalenhütte gezogen: Sie verabschiedeten mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, die die Entlassung ihres Essener Bezirksleiters Kurt Herb sowie personelle Konsequenzen beim IGM-Hauptvorstand fordert.

Diese Forderung ist verständlich. Und sicher hat sie auch die große Unterstützung unter den Vertrauensleuten in anderen Stahlbetrieben. Aber wird es ausreichen, nur einige Köpfe und Personen auszuwechseln? Ist es nicht notwendig, anstatt über personelle Kon-

sequenzen nachzudenken, zuerst die politischen und inhaltlichen Fragen zu lösen?

Der Stahlstreik (und die Erfahrung vieler Kollegen) wirft einige wichtige Fragen auf:

### Demokratie

Jeder aktive Gewerkschafter, der verhindern will, daß er wieder ähnliche Erfahrungen machen muß wie im letzten Streik, wird den Kampf aufnehmen müssen dafür, daß die gewerkschaftlichen Gremien auf allen Ebenen (nicht nur auf der Ebene der Bezirksleitung und des Hauptvorstandes!) wieder mehr Basisnähe zeigen. Dazu gehört:

#### EINE REPRÄSENTATIVE ZUSAMMENSETZUNG DER GROSSEN TARIFKOMMISSION.

Es darf nicht vorkommen, daß ein Betrieb mit fast 10.000 Beschäftigten nur durch zwei Mitglieder in einer 118-köpfigen Tarifkommission vertreten ist, während andererseits ein Betrieb mit einer nur 800-köpfigen Belegschaft immerhin drei Tarifkommissionsmitglieder stellt.

Dies könnte dadurch verhindert werden, daß zukünftig die Tarifkommissionsmitglieder direkt von den betrieblichen Vertrauenskörpern entsprechend der Mitgliederstärke im Betrieb gewählt werden.

#### DIE WAHL DER BEZIRKSLEITER DURCH DIE BEZIRKSKONFERENZEN.

Bisher werden Bezirksleiter nämlich vom Hauptvorstand eingesetzt. Deswegen sind sie auch vom Hauptvorstand und seinen Weisungen abhängig. Selbst wenn der IGM Vorstand die Forderungen nach Absetzung eines Bezirksleiters erfüllen würde, würde sein Nachfolger nicht automatisch eine Person sein, die den Wünschen der Basis besser entspricht. Deswegen sollte der Bezirksleiter (wie im übrigen alle hauptamtlichen Funktionäre) von unten wählbar sein.

#### FÜR DEN VORSTAND MÜSSEN VON DER BASIS DEMOKRATISCH GEFÄLLTE MEHRHEITSENTSCHEIDUNGEN BINDEND SEIN.

Eine Reform der Satzung ist notwendig. Nach der heutigen Satzung hat nämlich der Vorstand die (ALL-)Macht, einen Streik zu verhindern, selbst wenn die notwendige Mehrheit bei einer Urabstimmung zustande gekommen ist. (So geschehen in der metallverarbeitenden Industrie von NRW 1977)

#### BEI URABSTIMMUNGEN SOLLTE EINE MEHRHEIT VON ÜBER 50 % DER STIMMBECHTIGTEN AUSSCHLAGE BINDEND SEIN.

Bisher ist bei Urabstimmungen über Streik eine Mehrheit von 75 % notwendig. Folglich ist z. B. eine Minderheit von 26 % in der Lage,



# UND SEINE LEHREN



"Delegationen aus den streikenden Betrieben demonstrieren gegen den Beschluß der großen Tarifkommission. Was spricht eigentlich dagegen, IGM-Mitglieder an den Sitzungen beobachtend teilnehmen zu lassen?"

"Streikposten am Tor II, von Mannesmann in Duisburg - Huckingen"

## Das Ergebnis

### 35-Stunden-Woche

**FORDERUNG:**  
"Einstieg in die 35-Stunden-Woche". Keine Festlegung eines zeitlichen Ziels. Keine Festlegung des Personenkreises. Doch während des Streiks macht die Gewerkschaftsbasis wiederholt deutlich, worum es ihr geht...: Die 35-Stunden-Woche soll für alle Stahlbeschäftigten gelten, sie müßte spätestens bis in 5 Jahren eingeführt sein. Umgerechnet in Freischichten bedeutet dies:  
INSGESAMT 32,5 FREISCHICHTEN FÜR ALLE KOLLEGEN IM STAHLBEREICH AB 1983!  
Jeder Stahlarbeiter müßte jährlich zusätzliche 6,5 Freischichten bekommen.

**ERGEBNIS:**  
Ab 1979 erhalten Kollegen, die regelmäßig auf Nachtschicht arbeiten, 4 Freischichten (bezahlte), ab 1981 weitere 2 Freischichten. Zusätzlich erhalten alle über 50 Jahre alten Kollegen ab 1979 2 Freischichten, ab 1981 1 weitere Freischicht.  
Also: IM GÜNSTIGSTEN FALL GIBT ES FÜR ÜBER 50JÄHRIGE NACHTSCHICHTLER AB 1981 NEUN FREISCHICHTEN.

### Lohn und Gehalt

**FORDERUNG:**  
FÜNF PROZENT MEHR LOHN UND GEHALT MIT EINER LAUFZEIT VON 12 MONATEN.

**ERGEBNIS:**  
VIER PROZENT MEHR LOHN UND GEHALT MIT EINER LAUFZEIT VON 15 MONATEN. Umgerechnet auf 12 Monate sind dies jedoch nur 3,2 % mehr Lohn und Gehalt.

### Urlaub

**FORDERUNG:**  
Keine Forderung. Der Urlaubstarifvertrag steht nämlich erst im Herbst zur Kündigung an.

**ERGEBNIS:**  
Nach einem Stufenplan erhalten alle Altersgruppen ab 1982 einheitlich 30 Tage Urlaub. Im einzelnen gilt folgender Stufenplan für die verschiedenen Altersstufen:

	'78	'79	'80	'81	'82
bis 16J.	(25)	27	28	30	30
bis 18J.	(23)	25	26	28	30
bis 25J.	(21)	23	24	26	30
bis 30J.	(24)	26	27	29	30
ab 30J.	(27)	29	30	30	30

Damit wurde zwar ein sehr altes gewerkschaftliches Ziel - der 6-Wochen-Urlaub - erreicht. Doch viele der Streikenden kritisieren, daß man einen solchen Stufenplan im Herbst mit einem weiteren Streik sehr leicht hätte erringen können.

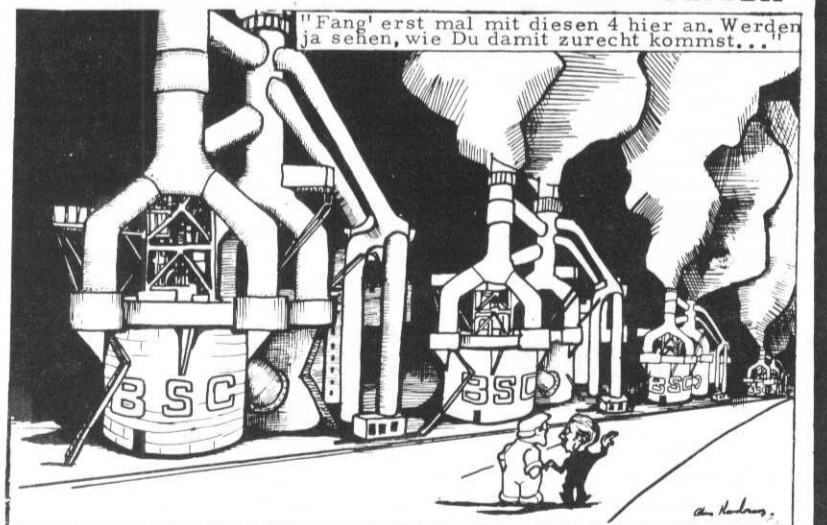
### Kommentar

Es zeigte sich, daß der Beschluß des Gewerkschaftstages 1977, die 35-Stunden-Woche zu fordern, nicht eindeutig und verbindlich genug waren.

So war es erstens möglich, daß die IG Metall in dieser Tarifrunde in der Stahlindustrie für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, in der metallverarbeitenden Industrie jedoch für die Urlaubsverlängerung (also Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit) antrat. Die "Einheitsgewerkschaft" IG Metall trat somit mit völlig uneinheitlichen Forderungen an.

Die alles andere als eindeutige Festlegung der Forderung erlaubte es zweitens, daß die IG Metall-Führung Schritt für Schritt zurückweichen und von der ursprünglichen Forderung abgehen konnte: Für ein weiteres halbes Jahrzehnt wurde die 40-Stunden-Woche zementiert. Bis 1984 wird keine weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit möglich sein - es sei denn, der Druck von der Basis würde so stark werden, daß die Unternehmer gezwungen sind, einer vorzeitigen Kündigung des Manteltarifvertrages zuzustimmen...

## MASSENENTLASSUNGEN GEHEN WEITER



Wie Hohn muß es für viele Kollegen aus den Stahlbetrieben anmuten, wenn sie nur wenige Tage nach dem Ende ihres Streiks, der auf die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze abzielte, erfahren müssen, daß die Stahlbarone ihre Massenentlassungen fortsetzen.

In OSNABRÜCK hat das Management der Klöckner-Werke die Schließung der Gießerei, einiger Nebenbetriebe und der Verwaltung aus "Rationalisierungsgründen" angeordnet. Betroffen sind 600 Arbeiter und Angestellte. Hatte der Betrieb 1970 noch 4500 Beschäftigte, so waren es 1978 nur 3600, und dieses Jahr sollen nach dem Wil-

len der Direktoren nur noch 3000 übrig bleiben.

Gibt diese Entwicklung dem IG Metall-Vorstand nicht zu denken? Glaubt der Essener Bezirksleiter der IG Metall, Kurt Herb, immer noch, daß das Ziel des Stahlstreiks, die Sicherung der Arbeitsplätze durch einen entscheidenden Einstieg in die 35-Stunden-Woche, erreicht sei? Ist es angesichts dieser Entwicklung der Selbstzerstörungskräfte der Marktwirtschaft nicht notwendig, die Stahlindustrie in Gemeineigentum zu überführen und die Produktion unter der Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten rational zu planen?

# KONSEQUENZEN HABEN...

einer Mehrheit von 74 % ihren Willen aufzuzwingen. (Manche Kollegen sind allerdings der Ansicht, eine Mehrheit von 55 % oder 60 % sollte für Streik schon vorge-schrieben sein, damit in einer entscheidenden Kampfphase die Gewerkschaft nicht genau in der Mitte gespalten wird, z. B. durch ein Ergebnis 51 % : 49 % für Streik.) Die 75 %- Klausel ist allerdings eindeutig zu hoch.

### Verbindlichkeit

Wichtiger noch als personelle Fragen wird in Zukunft die Frage der Forderungen, des Programms und der Taktik sein. In der Vergangenheit wurde zwar auf Gewerkschaftstagen jedes Mal ein ansehnlicher Forderungskatalog verabschiedet, doch ein zeitliches Ziel für die Durchsetzung der Forderungen wurde nie ins Auge gefaßt. So wurde beispielsweise die Forderung nach einem 30 tägigem Jahresurlaub für alle Altersstufen schon 1956 erhoben und immer wieder bekräftigt. Doch es wird bis 1982 dauern, bis er nach dem jetzt vereinbarten Stufenplan wenigstens in der Stahlindustrie erreicht ist.

Drei weitere Konsequenzen ergeben sich aus den Streikerfahrungen: **WENN ALLE STREIKEN, DANN MUSS AUCH DAS ERGEBNIS ALLEN ZUGUTE KOMMEN!**

Viele jüngere Angestellte, die nicht nachts arbeiten, wurden mit 3,2 % mehr Gehalt und 2 Tagen mehr Urlaub für 1979 abgespeist. Dabei hatten sie genauso wie die Nachtschichtler im Streik gestanden und Opfer gebracht.

### DIE FORDERUNGEN, FÜR DIE GEKÄMPFT WIRD, MÜSSEN GENAU UND VERBINDLICH VON DER GROSSEN TARIFKOMMISSION FESTGELEGT WERDEN.

Weil sie dieses Mal nicht eindeutig und verbindlich festgelegt waren, konnte aus "Einstieg in die 35-Stunden-Woche"... Festschreibung der "40-Stunden-Woche" werden, aus einer Forderung "für alle"... ein Ergebnis für "Nachtschichtler und Ältere", aus einer Forderung, die für alle Industriezweige angestrebt werden sollte... eine "stahltypische Lösung".

### KEIN STREIK DARF BEENDET WERDEN, BEVOR NICHT DIE VOLLE GEWERKSCHAFTLICHE KAMPFKRAFT EINGESETZT WURDE!

Der Stahlstreik wurde ausgerechnet in dem Moment abgeblasen, in dem er voll zu greifen anfangt. Die Taktik des Schwerpunkstreiks hat einige schwerwiegende Nachteile: Er wirkt nicht voll. Der streikende Teil der Mitgliedschaft

verausgabte sich und erbringt Opfer. Den nicht streikenden Mitgliedern entgeht die ganze Erfahrung, die ganze Politisierung und die Herausbildung eines größeren Klassenbewußtseins, die während jedes Kampfes gesammelt werden. Insgesamt betrachtet, kann ein Schwerpunkstreik unter Umständen zur Spaltung der Mitgliedschaft führen.

### Perspektiven

"Was wir hier in sechs Wochen Streik gelernt haben, dies können wir nicht mal mit zwei Jahren Schulung erreichen", so und ähnlich sprachen es viele Kollegen aus.

Trotz aller Kritik am Stahlstreik, seiner Durchführung und seinem Ergebnis, eines ist gewiß: In der IG Metall ist ein Prozeß in Gang gekommen, den sich jeder Sozialist und Gewerkschafter nur wünschen kann: Die Basis fängt an aufzuwachen, die Vertrauensleute werden immer mehr politisiert, der ganze verrostete Apparat der Nachkriegszeit wird nach und nach von unten her erneuert werden und es besteht die realistische Chance, daß bei entsprechender Arbeit die IG Metall zu einer demokratischeren und kämpferischen Gewerkschaft gemacht werden kann.

## KURZINTERVIEWS: „WARUM WIR MIT NEIN STIMMTEN...“

Nach der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis sprach VORAN mit Streikposten bei Mannesmann in Huckingen. Dabei wurde deutlich, daß gerade unter den Gewerkschaftsaktivisten an der Basis (also bei den Streikposten, den Betriebsräten und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die das Rückgrat der IG Metall bilden, ohne das die Gewerkschaft kaum lebensfähig wäre) der Kompromiß fast einhellig abgelehnt wurde. In folgenden Kurzinterviews und Meinungsäußerungen begründen sie ihre Haltung:

"Für mich ist das Ziel, der eindeutige Einstieg in die 35-Stunden-Woche, überhaupt noch nicht erreicht. Wie sonst könnte es geschehen, daß Weisweiler im Fernsehen triumphierend behaupten kann, das Ziel der Stahlunternehmer sei erreicht, nämlich die 40-Stunden-Woche unter allen Umständen zu halten? Da ist es geradezu ein Witz, wenn die Kamera zu Kurt Herb schwenkt, der gleich darauf sagt, die Verhandlungsführung der IG Metall habe ihr Ziel erreicht: den Einstieg in die 35-Stunden-Woche! Was soll ich nun glauben?"

"Wir durften doch nur mit halber Kraft kämpfen. Trotz unserer Forderungen weigerte sich der Vorstand hartnäckig, alle 200.000 in den Streik zu rufen. Und ausgerechnet als die Unternehmer jammerten, daß der Streik zu greifen anfängt, setzten die da oben uns ein faules Ei vor!"

"Einer solchen langen Laufzeit des Manteltarifvertrages von 5 Jahren hätten wir nur zustimmen können, falls am Ende dieser Periode wirklich die 35-Stunden-Woche für alle gestanden hätte, d. h. wenn jeder von uns 32,5 Freischichten ab 1983 erhalten hätte. Das wäre ein echter Stufenplan in unserem Sinne gewesen."

"Gegen seine Urlaubsverlängerung habe ich natürlich nichts einzuwenden. Aber die stand ja gar nicht zur Debatte, sondern die 35-Stunden-Woche. Falls wir jetzt einen Stufenplan zur Erreichung der 35-Stunden-Woche erhalten hätten, hätten wir im Herbst immer noch für einen sechswöchigen Urlaub kämpfen können, wenn der Urlaubstarifvertrag ausgelaufen wäre. So werden uns nur die Hände gebunden."

"Das Ergebnis spaltet die Belegschaft regelrecht: Die einen kriegen ein paar Freischichten, die anderen gar nichts, was die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt. Ich zum Beispiel bekomme als Schweißer, der nur in der Frühschicht arbeitet, aufs Jahr gerechnet nur 3,2 % mehr Ecklohn und 2 Tage mehr Urlaub. Freischichten gibt es für mich nicht, weil ich erst in 28 Jahren 50 werde. Ähnlich geht es fast allen Handwerkern und Angestellten, die unter 50 sind. Verschiedene Gruppen erreichten verschiedene Ergebnisse, obwohl wir alle gleich gut für das gleiche Ziel gestreikt haben. Wo bleibt hier die Einheitsgewerkschaft?"

"Ich befürchte, dieses Ergebnis wird für lange Zeit die gewerkschaftliche Kampfkraft schwächen denn die 40-Std.-Woche ist ja kaum angekratzt worden. Die Unternehmer können deshalb ihre Pläne, bis 1981 50.000 Arbeitsplätze zu zerstören, unbehindert durchführen. Und 50.000 zerstörte Arbeitsplätze heißt: 50.000 weniger IG Metall-Mitglieder..."



# DKP

# FÜR SOZIALISTEN KEINE ALTERNATIVE

Die Deutsche Kommunistische Partei versteht sich als die "revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland". Wie es in ihrem Parteiprogramm weiter heißt, hat sie "das Vermächtnis der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands übernommen". Sie "wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes", heißt es außerdem.

Wahrlich große Worte, die zu der Schlußfolgerung führen könnten, daß noch in diesem Jahrzehnt eine immer weiter erstarkende DKP zur entscheidenden politischen Kraft werden wird.

## Krise

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kapitalistischen Welt, die dadurch erfolgte Belebung der Klassenauseinandersetzungen durch die Streiks speziell im letzten Jahr, die Radikalisierung in den Gewerkschaften, die Probleme und der Druck des Kapitals, denen sich eine SPD-geführte Bundesregierung ausgesetzt sieht, und die Krise der SPD selbst - all dies müßten doch eigentlich Pluspunkte ergeben für eine Partei, die der jungen Generation und der Arbeiterbewegung einen konsequenten Ausweg aufzeigen will.

## Stimmenverluste

Bei den Landtagswahlen des Jahres 1978 mußte diese Partei jedoch einen Rückschlag nach dem anderen verbuchen. In Hessen verlor sie knapp die Hälfte ihrer Wähler, in Hamburg sogar noch weit mehr!

### DKP-WÄHLERSTIMMEN

Bürgerschaftswahl Hamburg  
1974: 23.187 (2,2%)  
1978: 9.378 (1,0%)

Landtagswahl Hessen  
1974: 28.699 (0,9%)  
1978: 14.530 (0,4%)

Landtagswahl Bayern  
1974: 45.890  
1978: 33.148

Woran liegt es, daß ausgerechnet 1978 die DKP solche katastrophalen Rückschläge einstecken muß? Man kann viele (Schein-) Antworten suchen und finden. Man kann es auf die "Unreife" der Bevölkerung schieben, oder auf eine mangelhafte "Selbstdarstellung". Die DKP-Führung macht es sich auch immer sehr einfach, wenn sie nach Gründen sucht. Man hört immer wieder, daß der "Antikommunismus" eben noch sehr tief in der Bevölkerung verankert sei und es deshalb den "Kommunisten" besonders schwer mache.

## 'Antikommunismus'

Sicherlich - jeder aktive Sozialist und Marxist kann auch hiervon ein Lied singen. Wer aktiver Verfechter sozialistischer Ideen ist, der muß sich immer noch sehr oft den Ratschlag anhören: "Gehn Sie doch nach drüben!" Aber damit allein die Hamburger (und sonstigen) Stimmenverluste erklären zu wollen, wäre glatter Selbstbetrug.

Was hat denn überhaupt diesem Antikommunismus eine derart starke Basis verschafft? Die Propaganda der Springer-Presse? Sicherlich teilweise. Wie kommt es aber dann, daß in der BRD viele Arbeiter, die früher einmal auf dem Gebiet jenes "deutschen Arbeiter- und Bauernstaates" gelebt haben, mit dem die DKP eine "enge solidarische Verbindung" pflegt, auf "Sozialismus", "Kommunismus" und "Marxismus" so schlecht zu sprechen sind?

## Arbeiterdemokratie

In der Tat - was in jenen osteuropäischen Staaten unter dem Anspruch "sozialistisch" vorgeführt wird, ist alles andere als vorbildlich. Die Zustände in Osteuropa sind ein Schlag ins Gesicht der Väter des Sozialismus. Denn nach den Vorstellungen von Marx und Lenin gehören zu den unverzichtbaren Kennzeichen einer sozialistischen oder Arbeiterdemokratie:

- Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre, demokratisch von unten nach oben.
- Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen.
- Keine "lebenslänglichen" Posten; die Verwaltungsarbeit soll allmählich von allen ausgeführt werden.
- Volle Freiheiten für alle Parteien, die das Staatseigentum an Produktionsmitteln anerkennen.
- Kein stehendes Heer, das von einigen Oberkommandierenden einfach gegen die Arbeiter eingesetzt werden könnte, sondern Waffen unter der Kontrolle des Volkes.

## Ostblockbürokratie

Keine einzige dieser Forderungen ist auch nur annähernd in diesen "sozialistischen" Staaten verwirklicht. Zwar hat die Planwirtschaft für die Bevölkerung große Errungenschaften gebracht: Industrialisierung, steigender Lebensstandard, soziale Sicherheit. Doch können die Möglichkeiten, die eine geplante Wirtschaft bietet, längst nicht voll ausgenutzt werden, weil eine bürokratische Clique, die sich von der breiten Masse abgehoben hat, üppige Gehälter einstreicht, unerhörte Privilegien genießt und die volle Entfaltung der Initiative des einzelnen hemmt.

Aber all diesen Tatsachen gegenüber ist die DKP-Führung verschlossen. In ihrer Zeitung "Unsere Zeit" (UZ) wiederholt sie einfach stumpfsinnig die phrasenhaften Erklärungen der herrschenden Ostblockbürokraten, wonach diese Länder auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus seien und oppositionelle Arbeiter und Intellektuelle entweder gar nicht existieren oder halt "Agenten des Imperialismus" seien.

Auf dieser Grundlage spricht nichts dafür, daß eine Partei, die vorbehaltlos die herrschenden Zustände in Osteuropa unterstützt, jemals die Mehrheit der Arbeiter in Westdeutschland hinter sich vereinen wird.

## „Monopole schwächen“

Aber dies soll bei weitem nicht der einzige Kritikpunkt sein. Mancher Arbeiter oder Jugendliche mag zwar ähnlich wie wir über die osteuropäischen Staaten denken, aber dennoch der DKP beitreten, weil sie scheinbar die einzige konsequente sozialistische Alternative zur gegenwärtigen SPD-Politik darstellt.

Jeder ernsthafte, sozialistisch orientierte Arbeiter wird sicherlich wissen wollen, wie es PRAKTISCH möglich ist, das Kapital zu entmachten und eine sozialistische Ordnung aufzubauen.

Das PARTEIPROGRAMM von 1978 sagt hierzu:

"Die Einschränkung der Monopolprofite und des monopolistischen Eigentums sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß ein



ROSA LUXEMBURG - vor 60 Jahren ermordet - wäre sie heute in der DKP?

stabileres Wirtschaftswachstum erfolgt..."

"Fortschritte bei der Durchsetzung von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle... das sind wichtige Mittel zur Einschränkung der Macht der Monopole..."

"Die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt führt zu einer Schwächung des Monopolkapitals... Sie läßt breite demokratische Bündnisse entstehen."

## „Schrittweise Entmachtung“

Diese Zitate lassen ahnen, welche "Strategie" hier angeboten wird: Die schrittweise Eindämmung von Macht, Eigentum und Profiten der Monopole. Auch dies klingt auf den ersten Blick "einfach" und "praktikabel". Doch die Fragen, die sich daran anknüpfen, bleiben im Programm unberücksichtigt.

Würden die Monopolherren passiv mitanzusehen, wie ihnen ihre Profite und ihre Macht untergraben werden? Wohl kaum. Würden sie sich vielleicht unter dem moralischen Druck irgendeines "demokratischen Bündnisses" einsichtig zeigen und von sich aus allmählich ihren Besitz abgeben? Wäre nicht die normale Reaktion eines Monopolisten, der seine Macht bedroht sieht, die, daß er mit allen Mitteln - auch den undemokratischsten - seine Privilegien verteidigt?

Wenn ja, wäre es dann nicht tausendmal ehrlicher, statt für 99 kleine Zwischenschritte die ganze Kraft der Arbeiterbewegung zu sammeln für den einen entscheidenden Schritt - nämlich die Entmachtung der Großkonzerne und Banken und ihre Überführung in Gemeineigentum, unter demokratischer Arbeiterkontrolle?

Eines muß klar sein: Der Übergang zum Sozialismus wird kein Sonntagsspaziergang mit anschließendem Kaffee und Kuchen werden. Wir müssen realistischere Wege damit rechnen, daß sich die Monopole gewaltsam wehren werden.

## Chile

Chile ist ein warnendes Beispiel: 50.000 mußten ihr Leben lassen, weil die Monopole von einer Volksfrontregierung zwar angegriffen und verletzt wurden, aber nicht ein für alle Mal entmachtet wurden. Millionen chilenischer Arbeiter leben heute in Armut und Existenznot. Das Kapital hat die Demokratie "außer Kraft gesetzt".

Das chilenische Experiment unter der Regierung Allende von 1970-1973 war eine "Strategie" ganz nach DKP-Art. Es wurden viele (begrüßenswerte) Reformen eingeführt, einzelne Konzerne so-

gar verstaatlicht, das Kapital zur Kasse gebeten. Doch gerade weil die Regierung es bei halben Schritten beließ, konnte das Kapital Zeit gewinnen und den Putsch organisieren.

Die DKP-"Strategie" zur Eindämmung der Monopole wäre vergleichbar mit einem schrittweisen Versuch, ein Raubtier ungefährlich zu machen: Zuerst die Zähne, dann die Krallen und Pranken, schließlich die Augen und Beine. Man kann auch auf das Tier eindringen, es solle doch bitte nicht gar so garstig sein und in Zukunft weniger Fleisch fressen.

Doch der Mensch, der dies versucht, wird wahrscheinlich sein Leben lassen müssen, noch ehe die ersten Schritte wirksam vollbracht sind. Ein Raubtier, das sich angegriffen fühlt, ist unberechenbar.

## Etappentheorie

Der Übergang zum Sozialismus soll sich, laut Programm, in verschiedenen Etappen vollziehen. Dabei betrachtet die DKP eine "antimonopolistische Demokratie" als "erstrebenswert". Dazu soll ein breites Bündnis geschaffen werden, das alle "nichtmonopolistischen Kräfte" umfaßt, d.h. alle nicht zur Gruppe der Konzernherren und Multimillionäre gehörenden Schichten von der Arbeiterklasse bis zu den kleinen und mittleren Unternehmern. Wenn man einmal von den übrigen wortradikalen Vätern im Programm absieht, wird hier doch schlicht und einfach ein Bündnis der Arbeiterbewegung mit der breiten Masse der Unternehmer gepredigt. Der Hauptgegensatz in der Gesellschaft liegt nicht mehr zwischen Arbeit und Kapital, sondern neuerdings zwischen Monopolkapitalisten einerseits und übrigen Kapitalisten samt Arbeitern andererseits? Muß der Arbeiter in einem Mittelbetrieb jetzt umdenken und sich seinem Boß gegenüber so verhalten, daß er auf keinen Fall einen Bündnispartner abschreckt?

Um es klarzustellen: Kein Marxist sollte die Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Lagers verkennen. Aber Bündnisse mit Kapitalisten haben noch nie in der Geschichte die Arbeiterbewegung weiter vorangetrieben auf ihrem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft.

"Na gut, darüber läßt sich streiten", wird nun mancher sagen. "Aber die DKP greift doch in ihrem Programm direkt die brennenden Fragen auf und gibt klare Antworten."

Auch dieser Eindruck kann entstehen, wenn man das Programm nur einmal durchliest. Aber beim näheren Hinsehen entdeckt man an den schön klingenden Forderungen doch eine Menge Haken.

## Gesundheitswesen

So heißt es beispielsweise: "Das Gesundheitswesen darf nicht zur Bereicherung der Arzneimittelkonzerne mißbraucht werden."

"Einverstanden", wird man sagen, aber was spricht denn dagegen, daran gleich die hochaktuelle Forderung nach Verstaatlichung der Arzneimittelkonzerne anzuhängen, und zwar hier und heute?

Die SPD im Bezirk Ostwestfalen-Lippe ist da der DKP schon um einige Nasenlängen voraus. Ihr Bezirksparteitag 1976 forderte die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie und ein öffentliches Gesundheitswesen. Die DKP dagegen nur: "Privatisierungstendenzen... müssen unterbunden werden..."

## Arbeitslosengeld

Weiter unten wird gefordert: "Die soziale Sicherung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist zu verbessern."

Konkreteres wird hierzu nicht gesagt, bis auf folgendes:

"Das Arbeitslosengeld ist für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu zahlen..."

Dies heißt doch nichts anderes als daß die Zahlung von maximal 68% des bisherigen Nettolohns akzeptiert wird, ein unverschuldet arbeitslos gewordener Mensch also weiterhin nach dem Willen der DKP auf ein knappes Drittel des früheren Einkommens verzichten soll. Diese Forderung ist alles andere als fortschrittlich und richtungsweisend. Denn selbst in den Reihen der SPD ist, wie in einem Antrag zum Parteitag 1975, schon die Forderung erhoben worden, daß Arbeitslose ihre Unterstützung in Höhe von 100% des bisherigen Nettolohns erhalten sollen.

## Gewerkschaftsarbeit

"Aber ganz egal, ob diese oder jene Forderung ganz genau richtig ist oder nicht, mich interessiert doch in erster Linie die praktische Arbeit und die Gewerkschaftsarbeit", mag mancher jetzt einwenden.

Doch auch hier ist nicht alles Gold was glänzt. Dies fängt schon damit an, daß die DKP-Zeitung "UZ" es so gut wie immer unterläßt, die Dinge beim Namen zu nennen, wenn die Gewerkschaftsführung an entscheidenden Punkten von Tarifaufinandersetzungen von ihren Forderungen allzu weit abrukt und den Unternehmern unverträgliche Zugeständnisse macht.

Aber gerade in solchen Situationen wären offene Worte angebracht. Mitarbeit in einer Einheitsgewerkschaft kann für Sozialisten nicht heißen, zu allem Ja und Amen zu sagen, was von der Gewerkschaftsspitze kommt.

Als sich bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim kämpferische Kollegen um die ehemaligen DKP-Mitglieder Hoss und Mühleisen gezwungen sahen, ihren Kampf für die Demokratisierung der IG Metall über eine Oppositionsliste bei den Betriebsratswahlen fortzusetzen, da fiel doch der DKP nichts besseres ein, als diese Kollegen auf die übelste Weise zu beschimpfen: als "antikommunistische Spalter" und "egozentrische Sektierer". Als diese Liste dann tatsächlich 5.000 Stimmen aus der Belegschaft gewinnen konnte und der IG Metall-Apparat unter diesem Druck Zugeständnisse machte, war die DKP die Lackierte.

## Alternative

Eines ist sicher: Viele Kollegen und Genossen sind hauptsächlich deshalb in die DKP eingetreten, weil sie aus ehrlicher Überzeugung dort eine klare Alternative zur Politik der SPD-Führung zu finden glauben. Aber bei derart vielen Halbheiten im Programm, bei einer solch irreführenden Strategie und als reines Sprachrohr der Bürokratie in Osteuropa wird es diese Partei nie zu einem echten, breiten und dauerhaften Masseneinfluss in der Bundesrepublik bringen können. Denn weder in Worten noch in Taten kann sie überzeugen, ebenso wenig wie alle anderen Gruppen und "Parteien" am Rande der Arbeiterbewegung. Die Hauptaufgabe, die sich uns Marxisten in der deutschen Arbeiterbewegung stellt, ist nach wie vor ungelöst:

In der Tradition von Marx, Liebknecht und Luxemburg das Programm des Sozialismus fest in der Mitglieds- und Anhängerschaft von SPD und Gewerkschaften verankern und in die Tat umsetzen. Dies ist sicherlich kein einfacher Weg, aber es gibt dazu keine Alternative für ernsthafte Sozialisten.

OLAF MEINDL, Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft



Fragen eines Mitglieds:

# „Warum tut der DGB so wenig für Kleinbetriebe?“

Es ist schon eine große Enttäuschung, wenn man merkt, daß die Gewerkschaften in den Kleinbetrieben, wo keine oder nur ganz wenige organisiert sind, überhaupt nichts machen. Bei der IG Metall habe ich diese Erfahrung gemacht, als ich versuchte, in einem kleinen Betrieb (ca. 80 Beschäftigte) einen Betriebsrat aufzubauen. Am Anfang war ich voller Zuversicht.

Die Kollegen sind zum größten Teil unorganisiert, außer 3 bis 4 Kollegen. Nun ja, schließlich bin ich zur IG Metall-Ortsverwaltung gegangen, um mir Rat zu holen und natürlich auch die Unterstützung der Gewerkschaft. Der Rat sah so aus: man sagte mir, daß ich mindestens fünf bis sechs Kollegen mobilisieren müßte, um überhaupt erst einmal jemanden von der Ortsverwaltung in den Betrieb zu bekommen, wo dann auf einer Sitzung der Betriebsrat gewählt wird. Die Unterstützung blieb ganz aus. Das Einzige, was man mir sagte, war, daß es sehr schwer sei, in einem unorganisierten Kleinbetrieb einen Betriebsrat aufzubauen. Doch diese Erfahrung hatte ich mittlerweile schon selber gemacht, denn es hat sich nur ein Kollege gefunden, der mit mir einer Meinung war und der auch für die Sache eingestiegen wäre. Wir haben aber schließlich keine Leute zusammenbekommen, also war für die Ortsverwaltung das Thema erledigt.

Aber gerade hier müßte die Arbeit der Gewerkschaft erst richtig anfangen. Man könnte gewerkschaftliches Informationsmaterial in der Fabrik verteilen. Man könnte außerdem die paar Gewerkschafter, die es in den Kleinbetrieben gibt, zu Versammlungen einladen, um speziell ihre Probleme zu diskutieren und ihnen Ratschläge zu geben usw. Dies waren nur zwei Beispiele. Doch es gibt bei einigem Nachdenken sicher noch viele andere.

Gerade hier in Remscheid arbeiten die meisten Kollegen in Kleinbetrieben. Man kann es, wenn man sich das einmal überlegt, überhaupt nicht verstehen, warum die Gewerkschaft die Kleinbetriebe dermaßen vernachlässigt.

Hier stellt sich für mich die Frage: vielleicht ist das alles nur Taktik, damit die Gewerkschaft nicht zu stark wird? Zu beachten ist, daß nur ein Drittel aller Arbeitnehmer organisiert ist. Vielleicht sind die dafür zuständigen Leute zu bequem, um was zu machen? Oder denken sie, daß in Kleinbetrieben, wo sowieso nur ein paar Kollegen organisiert sind, nicht gerade allzuviel an Mitgliedsbeiträgen hereinkommt? Und überhaupt stellt sich hier die Frage: warum sind denn nur ein Drittel aller Arbeitnehmer organisiert?

Da kann man nicht sagen, wie ich schon von mehreren Gewerkschaftsfunktionären gehört habe,

daß die anderen alle desinteressiert oder zu bequem seien. Die Spitzenfunktionäre, die so etwas behaupten, sollen sich mal selber an die Nase packen! Es ist doch wohl wie ein Hammerschlag auf den Kopf, wenn man so etwas aus dem Munde eines Arbeitervertreters hört. Der wahre Grund liegt doch wohl zum größten Teil bei der Gewerkschaftsführung selbst. An dem eben aufgeführten Beispiel sieht man ganz klar, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre nicht im geringsten für die Kollegen in den Kleinbetrieben interessieren, geschweige denn überhaupt einsetzen. Ich glaube, die Sache wird für sie dann interessant, wenn genügend organisiert sind und schon ein Betriebsrat da ist; das brauchen sie dann bloß noch zu registrieren - und fertig!

Ich will auf keinen Fall alle unsere Gewerkschaftsfunktionäre in den Ortsverwaltungen über einen Kamm scheren. Es gibt bestimmt noch kämpferische, ehrliche und fleißige darunter, aber die versacken im Sumpf der Bürokratie und der zahlenmäßigen Übermacht der anderen.

Wenn sich die Gewerkschaft richtig einsetzen und wirklich alles versuchen würde, um die Unorganisierten zu überzeugen, könnten aus dem einen Drittel leicht zwei Drittel werden oder noch mehr. Und wie nötig wir das brauchen, ist wohl selbstverständ-

lich. Viele Kollegen ärgern sich über diese "Trittbrettfahrer", wie sie ja allgemein genannt werden. Manche sagen sogar, man solle sie von den Tarifierhöhungen ausschließen, aber das ist im Moment total verkehrt. Wie schon eben gesagt, liegt es nicht nur an den unorganisierten Kollegen, sondern in erster Linie daran, daß die Gewerkschaft keine Initiative ergreift, diese Kollegen anzuwerben. Die unorganisierten Kollegen kann man auch nicht alle über einen Kamm scheren. Man kann sagen, daß es in diesem Teil drei Gruppen gibt. Als erste die Desinteressierten: bei den Kollegen besteht das Desinteresse nur solange, wie noch genug in der Lohntüte ist. Aber wenn das nicht mehr so ist, werden diese Kollegen sich bestimmt Gedanken machen, warum das so ist und wie man es ändern kann. Der erste Gedanke ist ja immer, wie man seine Familie ernähren kann. Wenn das geht, ist das für viele Kollegen schon genug. Aber in Zukunft wird dies immer schwieriger. Die zweite Gruppe ist wohl die der überzeugten Bildungszeitungsleser. In diesem Massenverdummungsblatt wird man mit uninteressanten und reaktionären Reißern vollgestopft. Das soll wohl dazu dienen, daß man die wahren Probleme und Zusammenhänge nicht sehen soll. Man kann nur hoffen, daß diese Kollegen die Bildungszeitung eines Tages durchschauen, für die

sie tagtäglich ihr Geld hinausgeworfen haben. Aber das Hoffen allein reicht nicht aus: es muß durch den DGB gehandelt und aufgeklärt werden. Als letzte Gruppe bleiben wohl die Kollegen übrig, die gerade in einem Kleinbetrieb versucht haben, einen Betriebsrat aufzubauen und die dann merken, wie sie die Gewerkschaft im Stich ließ, bzw. von ihr keine Unterstützung erhielten. Daß solche Kollegen, die sowieso meistens isoliert sind und die sich nicht mal auf die Gewerkschaft verlassen können, aus Protest aus der Gewerkschaft austreten, ist doch wohl verständlich. Der Fehler liegt ganz klar bei der Gewerkschaft. Bei einiger Anstrengung der Gewerkschaftsführung, die Unorganisierten durch eine entsprechende Kampagne die Notwendigkeit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft klar zu machen und durch die volle Unterstützung für die Kollegen, die versuchen, einen Betriebsrat aufzubauen, kann aus einem Organisationsgrad von 35% leicht einer von 60 oder 70% werden. Mein Vertrauen, daß das so geschieht, liegt nicht so sehr bei unseren Spitzenfunktionären, sondern hauptsächlich bei der Gewerkschaftsbasis, die den entsprechenden Druck ausüben muß.

Andreas Baumgarten  
Mitglied der IG Metall  
Remscheid

Erfahrungsbericht:

# Über die Situation in unserer Landesklinik

Seit mehreren Wochen und Monaten existiert in unserer Landesklinik (psychiatrische Klinik) Unbehagen und zum Teil offener Aufruhr über die Zustände, die wir tagtäglich ertragen müssen. Da Kritik nur über den Dienstweg laufen darf, ist bis jetzt kaum etwas an die Öffentlichkeit getragen worden. Bei jedem Vorgesetzten und jeder Kritik hören wir nur ähnlich lautende Versprechen oder Ausflüchte. Entweder wird gesagt, wir kennen die Probleme und wir kümmern uns darum oder, um den hier Beschäftigten jeden Wind aus den Segeln zu nehmen, es sei kein Geld da, um Verbesserungen zu finanzieren.

Diese Klinik ist eine relativ große Klinik (bis maximal 1400 Patienten) mit verschiedenen Abteilungen. Hier werden Alkoholiker, Schizophrene, Neurotiker, geistig Behinderte und geistig gestörte ältere Menschen aufgenommen und mehr oder weniger gut versorgt. Vor einigen Jahren gab es noch riesige Pläne und Gelder, um diese Pläne auch zu realisieren. Auch die Einstellung zu psychisch Kranken schien sich zu verändern. Aber wie es heute immer klarer zu Tage tritt, war dieses wohl nur eine kurze Episode, um das angeschlagene soziale Prestige dieser kapitalistischen Gesellschaft aufzupolieren. Ich will hier auch keine Stellung nehmen, inwieweit die psychiatrischen Erkrankungen auf die kapitalistische Gesellschaft zurückzuführen sind. Vermutlich dürften die meisten dieser Krankheitsbilder in einer echten sozialistischen Gesellschaft nach und nach verschwinden. Leider kann man dies heute noch nicht beweisen, da die sogenannten "sozialistischen Länder" noch wenig mit dem gemein haben, was die Arbeiterbewegung als Ziel anstrebt.

Wie sieht die Situation in unserer Klinik aus? Wie gesagt - vor Jahren hat sich ansatzweise einiges verändert. Um die Patienten nicht nur hinter verschlossenen Stationstüren aufzubewahren, sondern ihnen tatsächliche Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, hat man einige Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen und Soziologen eingestellt und weiterhin die Ausbildung des Krankenpflegepersonals verbessert und den Erfordernissen angepasst. Etwa seit Beginn der kapitalistischen Wirt-

schaftskrise '74/'75 ist dieser Prozess stehengeblieben bzw. rückläufig. Einige Beispiele, die auch zu Protesten geführt haben, will ich einmal hier nennen: In einem Bereich mit zwölf Stationen müssen die Schwestern und Pfleger ständig Überstunden machen, um überhaupt die Mindestversorgung der Patienten zu gewährleisten. Zur Stichtzeit Dezember waren es so viele Überstunden, daß alle Überstunden in Freizeit ausgedrückt bedeutet hätten, daß die Stationen für etwa drei Monate geschlossen werden müßten. Das Personal forderte mehr Einstellungen, doch was bekamen sie: die Überstunden wurden fast vollständig bezahlt. Auch dieses kann man umrechnen: für einen normalen Pfleger springt dabei etwa eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 bis 60 Stunden heraus. Die Folgen sind, daß viele Unfälle passieren, viel mehr krank gefeiert werden muß, und auch viele Schwestern bzw. Pfleger kündigen.

Ein weiterer Mißstand liegt in der praktischen Ausbildung der Krankenpflegeschüler. Bei ungefähr 120 Schülern stellen diese etwa 20% des Pflegepersonals. Auf den Stationen würde der Betrieb innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen, wenn diese Schüler wegfallen würden. Eine praktische Ausbildung findet mehr oder weniger in den Pausen statt, ansonsten werden die Schüler nur soweit eingewiesen, daß der Tagesablauf gewährleistet ist.

Alles, was im Augenblick an Mißständen vorherrscht, ist gesetzlich nicht erlaubt. So heißt es zum Beispiel, daß Überstunden nur ausnahmsweise vorkommen dürfen. Bei uns sind Überstunden Dauerzustand. Interessant ist es auch, wie die Kollegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche diskutieren. Ich habe bisher nur wenige gesehen, die gegen die 35-Stunden-Woche sind. Doch sie sehen schon jetzt, daß die Krankenhausleitung diese mit noch mehr Überstunden übergehen wird. Deshalb sind die meisten auch für eine deutliche Verlängerung des Jahresurlaubs, weil der bis jetzt immer noch garantiert war.

Wenn jetzt ein Kollege darauf bestehen würde, daß er nur 40 Stunden zu arbeiten habe, würde ihm das als Arbeitsverweigerung ausgelegt werden und er bekäme

ein Disziplinarverfahren oder ähnliches an den Hals.

Es ist bestimmt jedem klar, daß im Kapitalismus Profite den Vorrang vor menschlichen Bedürfnissen haben. In einer Wirtschaftskrise, wie der jetzt schon über 4 Jahren dauernden, heißt das, daß staatliche Gelder nicht mehr in Sozialausgaben wie Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten usw. fließen, sondern sie landen in Form von Investitionshilfen, Steuererleichterungen usw. direkt in den Taschen der Kapitalisten. Um unsere und andere Mißstände abzubauen und zu beenden, muß dieses System, das nur in der Lage ist, Krisen zu produzieren, überwunden werden.

Um unseren Kampf gegen die beschriebenen Mißstände besser führen zu können, müßte einiges erreicht werden, was beispielsweise im Ausland zum Alltag gehört. Die Beschäftigten müßten zum Beispiel in der Lage sein, öffentlich die Probleme anzusprechen, weil diese nur gesamtgesellschaft-

lich gelöst werden können. Weiterhin müßten die Gesetze so geändert werden, daß die Personalvertretung nicht mehr durch die sog. "Sozialpartnerschaft" an die Krankenhausbetriebsleitung gefesselt sind. Ein Personalrat sollte unbeschadet der Interessen des Krankenhauses nur die Interessen des Personals vertreten müssen. Beides ist nicht unter einen Hut zu bekommen. Ein Krankenhaus muß laut Gesetz "wirtschaftlich" geführt werden. Dies widerspricht natürlich der Forderung nach Neueinstellung von Personal.

Von einem Krankenpfleger (Juso- und ÖTV-Mitglied, Personalrat)



BRIEF  
**LESER-**

## 50.000 Betten werden abgebaut

Liebe Genossen!  
Vor einigen Wochen passierte mir was Schlimmes. Noch nicht von einer Operation erholt und immer noch sehr schwach auf den Beinen, krankgeschrieben, kam ich nach Hause, kippte um und konnte mich nicht mehr richtig bewegen. Meine rechte Seite tat so weh, daß ich gar nicht mehr richtig atmen konnte. Es war schlimmer als alles, was ich in der Vergangenheit erlebt habe. Als Freunde am selben Abend davon erfuhren, ließen sie alles stehen und liegen, um mich sofort zum Krankenhaus zu fahren.  
Ich wurde sofort untersucht - Ergebnis: "akute Blinddarmentzündung". Jedenfalls war mein Zustand schlecht und möglicherweise

gefährlich. Aber anstatt ein Bett in einem hochmodernen Krankenhaus zu kriegen und mich unter Beobachtung zu stellen, wurde mir achselzuckend gesagt: "Kein Bett mehr frei!" Ich durfte ein paar Zäpfchen mitnehmen und die "Erlaubnis", jederzeit wieder anrufen zu dürfen, sollte sich mein Zustand weiter verschlimmern!

Diesmal hatte ich Glück: Nach ein paar Tagen klang meine Blinddarmentzündung von selbst wieder ab, aber während dieser ganzen Zeit lag ich mit Schmerzen im Bett, obwohl ich halb betäubt und mit Drogen in Form von Zäpfchen vollgepumpt war.

Aber eine Woche später fing fast mein Blut an, in den Adern zu kochen, als ich von den Plänen der Bundesregierung in der Zeitung las, in diesem Jahr 50.000 (!) Krankenhausbetten abzubauen, weil es angeblich einen "Bettenberg" gibt. Wenn man bedenkt, daß das, was mir passiert ist, jederzeit wieder passieren könnte und daß jedes Jahr ein paar Hundert Leute an nicht rechtzeitig herausoperierten Blinddarmen sterben, dann ist diese Kürzung im besten Falle purer Leichtsinn gegenüber den Millionen Arbeitnehmern, die in den gesetzlichen Krankenversicherungen versichert

sind. Oder können sich die Regierungsmitglieder gar nicht mehr in unsere Lage versetzen, weil sie vielleicht alle privat versichert sind und deshalb jederzeit ein komfortables Einzelzimmer in einem Privatsanatorium erhalten, wenn sie es brauchen?

Wir müssen uns gegen diesen brutalen Bettenabbau zur Wehr setzen. Er bedroht nicht nur Leben und Gesundheit vieler Menschen - er bedroht auch die wichtigen Arbeitsplätze der verschiedenen ÖTV-Kolleginnen und -Kollegen in den Krankenhäusern! Die kapitalistische Wirtschaftskrise und die daraus folgende Finanzkrise hat katastrophale Folgen in jedem Bereich der sozialen Sicherung. Mein Fall zeigt, daß selbst Kollegen mit einem sicheren Arbeitsplatz bleibende gesundheitliche Schäden erleiden können, wenn sie plötzlich krank werden, aber kein Krankenhausbett finden können.

Ich hoffe, daß sich viele Leser Gedanken über ihre Gesundheit und über das Gesundheitswesen machen, bevor sie eine Freifahrt im Krankenwagen machen müssen.

Greg (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)



## LUDWIGSHAFEN: AKTIVITÄT BOYKOTTIERT

Ich bin Krankenpfleger in den städtischen Krankenanstalten in Ludwigshafen/Rhein und Mitglied der ÖTV. Ich möchte allen VORAN Lesern, insbesondere denen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, einen Bericht über die Untergrabung der innergewerkschaftlichen Demokratie durch ÖTV-Funktionäre geben. Ich glaube, daß die Probleme meiner Kollegen und die Probleme von VORAN-Lesern, die in Krankenhäusern beschäftigt sind, im Umgang mit der zuständigen Kreisverwaltung der ÖTV gleichgelagert sind.

1976 bildete sich in den städtischen Krankenanstalten eine ÖTV-Jugendgruppe. Innerhalb weniger Monate schnellte der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Bereich der Krankenpflegeschüler von Null auf beinahe 80 von 110 Krankenpflegeschülern. Die ÖTV-Jugendgruppe belebte die innergewerkschaftliche Arbeit der ÖTV im Krankenhaus.

So organisierte die ÖTV-Jugendgruppe zur Tarifrunde 1977 eine Demonstration in der Innenstadt, an der sich sowohl Krankenpflegeschüler aus allen Krankenhäusern in Ludwigshafen beteiligten, als auch Krankenpflegeschüler aus Mannheim, Frankenthal und Speyer. Auch das Programm der ÖTV-Personalratskandidaten zur Personalratswahl 1977 wurde fast ausschließlich von der ÖTV-Jugendgruppe erarbeitet. Im Anschluß an die Personalratswahl wurde ein Vertrauensleutkörper gebildet. Dieser Vertrauensleutkörper setzte es sich zur Aufgabe, auf eine Verbesserung der Perso-

nalsituation hinzuwirken. Damals war die Personalsituation äußerst mangelhaft. Die Stationen waren bis zu 150 % überbelegt. Die Pflegemaßnahmen konnten wegen Arbeitsüberlastung des Personals nur notdürftig verrichtet werden. Da sich die Pflegedienstleitung zu nächst weigerte, uns Einblick in den Stellenplan zu gewähren, führten wir im Einvernehmen mit der ÖTV eine Planstellenanalyse durch. Obwohl die Kreisverwaltung der ÖTV sich mit dieser Aktion einverstanden erklärte, versuchte sie von Anfang an, unsere Arbeit zu boykottieren.

Eine Vertrauensleuteversammlung, die von der Gewerkschaft einberufen wurde, zu der allerdings kein Sekretär erschien, wurde nachträglich als illegal erklärt. So glänzten die ÖTV-Sekretäre bei der Auswertung der Stellenplananalyse durch Abwesenheit.

Als gegen sechs Beschäftigte und Vertrauensleute ein Anhörungsverfahren eingeleitet wurde, verweigerte die ÖTV die von uns geforderte Rückendeckung und leitete gegen zwei Vertrauensleute ein Gewerkschaftsausschlußverfahren ein. Der Jugendvertreter und eine Krankenschwester wurden per Extremistenerlaß gefeuert. Der Jugendvertreter erzwang durch seine Klage vor dem Landesarbeitsgericht seine Wiedereinstellung bis zur Beendigung seiner Abschlussprüfung als Krankenpfleger.

Auf einer weiteren Vertrauensleutesitzung im Oktober 1978 brachte ich den Antrag ein, eine Mitgliederversammlung zur Tarifrunde vorzubereiten. Die anwesenden



LINKS: ÖTV-Chef Kluncker. Wird er die Vorgänge in Ludwigshafen untersuchen? - RECHTS: Arbeit in einem Krankenhaus.

Gewerkschaftsfunktionäre stimmten dem zu und versprachen, die Mitgliederversammlung im November durchzuführen. Aber dazu kam es nicht. Wir wurden von einem Termin auf den anderen vertröstet, was dazu führte, daß bis zur Vertrauensleuterversammlung der ÖTV Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal immer noch keine Mitgliederversammlung stattgefunden hatte.

Auf der Vertrauensleuterversammlung sollten die Vertrauensleute die Vorschläge der ÖTV-Mitglieder aus ihren Dienststellen zur Tarifrunde diskutieren, um dann abschließend einen Beschluß der ÖTV Ludwigshafen-Frankenthal-Speyer zur Tarifrunde 1978 herbeizuführen.

Auffallend daran war, daß zu dieser Vertrauensleuterversammlung alle kritischen Vertrauensleute aus dem Krankenhaus keine Einladungen erhalten hatten. Erst als ich die Kreisverwaltung auf-

suchte, um mich darüber zu beschweren, wurden uns die Einladungen ausgehändigt.

Da bei uns keine Mitgliederversammlung zur Tarifrunde 1978 durchgeführt worden war, fühlten wir uns nicht berechtigt, unsere Vorstellungen zur Tarifrunde vorzubringen.

Stattdessen brachten wir vor allen Vertrauensleuten unseren Ärger über die Kreisverwaltung zum Ausdruck und schilderten die Art und Weise, wie ÖTV-Funktionäre versuchten, die innergewerkschaftliche Demokratie zu sabotieren. Es kam zum Eklat. Die Versammlung wurde in zwei Lager gespalten. Einige Vertrauensleute meinten, dies gehöre nicht hierher, andere gaben uns emotionalen Rückhalt. Ein Mitglied des Kreisvorstands versuchte sogar, meinen Redebeitrag zu unterbrechen. Schließlich einigte man sich auf folgenden Kompromiß: Neuwahl des Vertrauensleutkörpers, klä-

rendes Gespräch zwischen dem ÖTV-Kreisvorstand und uns. Ein Mitglied des Bezirksvorstandes sollte in Zukunft an allen ÖTV-Versammlungen im Krankenhaus teilnehmen.

Inzwischen ist ein Jahr vergangen, ohne daß die Kreisverwaltung ihr Versprechen eingelöst hat. Obwohl ich beinahe jeden Monat die Kreisverwaltung aufsuchte, um sie zu bewegen, die gewerkschaftliche Arbeit im Krankenhaus wieder aufzunehmen, geschah nichts.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist drastisch gefallen. Aus dem ersten und zweiten Kurs der Krankenpflegeschüler wurde niemand organisiert. Zahlreiche Krankenschwestern und Krankenpfleger traten aus der ÖTV aus.

Deshalb schickten wir eine Resolution an den Hauptvorstand der Gewerkschaft, in der dieser von 80 Beschäftigten aufgefordert wird, die Kreisverwaltung zur Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Arbeit im Krankenhaus zu bewegen.

Inwieweit diese Aktion erfolgreich sein wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Auf jeden Fall werde ich die VORAN-Leser auf dem laufenden halten. Ferner möchte ich allen VORAN-Lesern, die in Krankenhäusern arbeiten, den Vorschlag machen, mit mir über die Redaktion Kontakt aufzunehmen. Denn ich kann mir gut vorstellen, daß andere Kollegen in anderen Krankenhäusern die gleichen Probleme haben wie wir. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch kann hier nur helfen.

Von einem ÖTV-Mitglied

## IRAN: SCHAH-REGIME AM ENDE

BARRIKADEN IN DEN STRASSEN TEHERANS. STRASSENSCHLACHTEN ZWISCHEN DEMONSTRANTEN UND ARMEE. TRUPPEN DESERTIEREN, SOLDATEN MEUTERN, DIE ARMEE ZEIGT AUFLÖSUNGSSCHENKUNGEN, VERSCHIEDENE TRUPPENTEILE LIEFERN SICH GEGENSEITIGE GEFECHE! DEMONSTRANTEN ERHALTEN WAFFEN. DAS IST DIE SITUATION IM IRAN IM MONAT FEBRUAR.

Die Lage hat sich nicht beruhigt seit der Schah das Land verlassen und die Regierung gewalt an Ministerpräsident Bakhtiar übergeben hat. Im Gegenteil: die revolutionäre Explosion richtet sich jetzt gegen Bakhtiar. Tausende wurden getötet oder verletzt, als unbewaffnete iranische Jugendliche der mit MP's und Schnellfeuergewehren bewaffneten Armee gegenüberstanden.

Aber die Armee selbst blieb nicht immun gegenüber der revolutionären Stimmung: Soldaten marschierten mit in regierungsfeindlichen Demonstrationen und übergaben ihre Waffen an die islamischen Geistlichen. Am 10. Februar erreichte die Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt, als die Soldaten einer ganzen Kaserne meuterten und Waffen an die Zivilbevölkerung verteilten. Bakhtiar, der "Demokrat" schickte sofort andere Einheiten zum blutigen Einsatz gegen die Rebellen.

Buchstäblich jede Großstadt ist ein Zentrum der Bewegung. Ein totaler Generalstreik legt seit Dezember das Land still. Das streikende technische Personal hat trotz strengster Sicherheitsvorkehrungen das Computer-Informationszentrum der Luftwaffe in Täbris lahmgelegt. Dadurch wurde im Dezember ein Putschversuch verhindert. Das zentrale Computerprogramm wurde so umprogrammiert, daß - wie immer auch die Eingabe ist - die Antwort stets lautet: "Yankee go home!"

Neugegründete Gewerkschaften entwickeln sich zu Massenorganisationen. Neben religiösen Schriften finden plötzlich auch

Schriften von Marx, Engels, Lenin, Che Guevara und anderen einen reißenden Absatz.

Die Revolution hat den Schah bereits gestürzt. Jetzt richtet sie sich gegen seinen Statthalter Bakhtiar. Die Suche der Bevölkerung nach einer revolutionären Veränderung kommt in den Demonstrationssparolen zum



„Wie gesagt, es handelt sich nur um ein paar Tage Ferien.“  
Haltzinger / Nebelspalter

Ausdruck: "Gegen den Imperialismus (USA)-, gegen den Kommunismus (UdSSR)-, gegen ausländische Investitionen -, für eine islamische Republik."

Die iranischen Massen mißtrauen der russischen Bürokratie. Sie wollen nicht die Diktatur, die sie jetzt bekämpfen, durch eine neue ersetzen. Ihre Abneigung gegen den "Kommunismus" ist in Wirklichkeit eine Abneigung gegen den Stalinismus. Nur auf einem marxistischen Weg kann jedoch jegliche Unterdrückung des iranischen Volkes beendet werden.

Bakhtiar wird früher oder später fallen. Was kommt danach? Eine islamische Republik wird voll von Widersprüchen sein. Eine Chomeini-Regierung wird die Revolution nicht zum Abschluß bringen. Die iranische Revolution wird weitergehen, bis die Arbeiter und Bauern ihr Land von aller Ausbeutung befreit haben.

KURT PFEIFLE, München

## VORAN-Seminar

Die Redaktion hat im März in Zusammenarbeit mit aktiven VORAN-Verkäufern 3 Seminare geplant: im Raum Hamburg (3./4.), im Raum Stuttgart (10./11.) und Raum Köln (17/18). Wer Interesse hat, möge sich bitte sofort bei der Redaktion melden. Es sind noch einige Plätze frei. Die Themen (die vielfachen Leser-Wünschen entsprechen) werden voraussichtlich sein:

- Dialektischer Materialismus
- Nach dem Stahlstreik: Welche Perspektiven für die BRD?
- Was will VORAN? Wie kann die Zeitung gestärkt werden?

## ABONNIERT VORAN

o ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans Gerd Öttinger, Postscheckamt Essen Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

o ICH MÖCHTE WEITERES INFOMATERIAL

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75